

Juni 2015

Grußwort des Vorsitzenden

Sehr geehrte Mitglieder,

im Nachgang zur Jahreshauptversammlung vom 27. Mai 2015 möchte ich den scheidenden Mitgliedern des Vereinsausschusses, Herrn Joan Colom I Naval, [HIER NAMEN EINFÜGEN], im Namen unserer Mitglieder für ihre langjährige, engagierte Arbeit und ihre Energie und Leidenschaft, mit der sie sich für den Verein der ehemaligen Mitglieder eingesetzt haben, meinen Dank aussprechen. Ich möchte ebenso die Gelegenheit nutzen, die neu gewählten Ausschussmitglieder [HIER NAMEN EINFÜGEN] herzlich zu begrüßen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihnen.

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist die Meinungs- und Medienfreiheit. Durch die Anschläge auf Charlie Hebdo in Frankreich und die Lage von Journalisten in der ganzen Welt ist deutlich geworden, wie prekär die Meinungs- und Medienfreiheit ist. Die Medien und die Meinungsfreiheit haben sich durch die technologischen Fortschritte und in geringerem Ausmaß auch durch die Weltwirtschaftskrise unterschiedlich entwickelt. Den Journalisten stehen nie da gewesene Möglichkeiten zu Verfügung, sich über neue Kommunikationskanäle Gehör zu verschaffen. Gleichzeitig entstehen aber neue Arten der Einschränkung, Überwachung und Kontrolle. Unsere Gastautoren behandeln in ihren Beiträgen verschiedene Aspekte dieser Thematik: MdEP Claude Moraes, Vorsitzender des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, erörtert in seinem Beitrag, welche bedeutende Rolle der LIBE Ausschuss und das Europäische Parlament in diesem Bereich spielen. Gavin Hewitt, Chefkorrespondent der BBC, beleuchtet das Verhältnis zwischen Journalisten und Brüssel. Karin Junker vermittelt einen Überblick über die Lage von Journalisten in Europa und der ganzen Welt. Der italienische Jurist und Politiker Stefano Rodotà schreibt über die Notwendigkeit, eine Internet-Grundrechtecharta zu schaffen.

Am 26. Mai 2015 hat der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments eine Veranstaltung mit dem Titel „Parliament's agenda-setting powers: Commission work programme and own legislative initiative“ [Die Befugnisse des Parlaments zur Festlegung der Agenda: das Arbeitsprogramm der Kommission und eigene Gesetzesinitiativen] durchgeführt. Im Anschluss an diesen interessanten Vortrag fand der siebte Gedenkgottesdienst statt, der unter der Schirmherrschaft des Europäischen Parlaments stand. Es war ein bewegender Gottesdienst, und die zahlreichen Teilnehmer kamen in den Genuss, Ansprachen des Vizepräsidenten des EP, Rainer Wieland, und des ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlamentes und Ehrenpräsidenten des Vereins, Lord Henry Plumb, zu hören. Beim diesjährigen Cocktailempfang und der Dinner-Debatte konnten wir Kristalina Georgieva, Vizepräsidentin der Kommission mit Zuständigkeit für Haushalt und Personal, als Ehrengast begrüßen.

Während sich die Ausgabe unseres Newsletters für dieses Quartal im Druck befindet, führt der VEM den ersten seiner halbjährlich stattfindenden Besuche bei den nationalen Parlamenten durch. Da Lettland derzeit den Vorsitz des Rates der Europäischen Union innehat, wird der VEM am 15. und 16. Juni 2015 nach Riga reisen und dort derzeitige und frühere Parlamentarier und Bedienstete treffen. Der zweite Besuch dieses Jahr wird uns vom 12. bis 14. November 2015 nach Luxemburg führen. Diese Reise wird mit dem Tagesbesuch

kombiniert. Die Mitglieder des Vereins haben somit die Gelegenheit, die luxemburgische Abgeordnetenversammlung und zwei EU-Organen – den Gerichtshof der Europäischen Union und den Europäischen Rechnungshof – zu besuchen. Wir werden in einer späteren Ausgabe des Newsletters darüber berichten.

Bei der Jahreshauptversammlung am 27. Mai 2015 hatte ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, dass uns unsere Studienreise dieses Jahr nach Algerien führen wird. Wir haben MdEP Antonio Panzeri und Prof. Stefania Panebianco um Beiträge gebeten, um die derzeitigen Probleme in den Maghreb-Ländern und insbesondere in Algerien besser verstehen zu können.

Zuletzt möchte ich all denjenigen danken, die zu dieser Ausgabe des Newsletters beigetragen und ihre Einblicke und Meinungen mit uns geteilt haben. Ich freue mich darauf, viele von Ihnen bei den anstehenden Besuchen zu treffen.

Mit freundlichen Grüßen

Enrique Barón Crespo
Vorsitzender des VEM

Die Rolle der Anna-Lindh-Stiftung in der Union für den Mittelmeerraum, die größten Herausforderungen für diese Region und die Rolle der EU

Jetzt, da unsere Gesellschaften vor wichtigen Fragen stehen und beginnen, notwendige Veränderungen zuzulassen, um die ökonomischen und ökologischen Herausforderungen bewältigen zu können, ist das Projekt Europa-Mittelmeer bedeutsamer denn je. Eine Stärkung der Beziehungen zwischen den beiden Ufern des Mittelmeers ist nicht nur moralisch geboten, sondern auch eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit. Dies macht ein erneutes Engagement erforderlich. Unsere Maßnahmen müssen aufeinander abgestimmt, ehrgeizig und pragmatisch sein sowie zügig umgesetzt werden. Als Präsidentin der Anna-Lindh-Stiftung möchte ich dies erreichen.

Der anfängliche Enthusiasmus der arabischen Volksbewegungen ist gewiss verflogen. Während immer häufiger auftretende Krisen die Stabilität im Süden des Mittelmeerraums und in Afrika südlich der Sahara gefährden, befürchtet Europa eine Stagnation. Ungeachtet dieser schwierigen Rahmenbedingungen haben die Gesellschaften in Europa und im Mittelmeerraum nie an Vitalität eingebüßt. Der Erfolg der von der Stiftung initiierten Programme Dawrak und Young Arab Voices spiegelt dies sehr gut wider. Unsere Gesellschaften vermischen und bereichern sich gegenseitig über den Mittelmeerraum hinaus. Ich bin davon überzeugt, dass die politische Stabilität und die sozioökonomische Entwicklung der im Entstehen begriffenen Großregion Europa-Mittelmeer-Afrika von ihrer Integration abhängen. Eigentlich liegt es auf der Hand, obwohl es in der Vergangenheit zu oft in Vergessenheit geraten ist: das Schicksal beider Seiten des Mittelmeerraums – Europas und Mittelmeeranrainer im Osten und Süden – ist miteinander verflochten. Geographische und demographische Aspekte sowie energie- und sicherheitspolitische Interessen machen eine Zusammenarbeit der Regionen unerlässlich. Andernfalls werden diese Länder im Kontext der Globalisierung an Bedeutung verlieren. Die Europäer und die übrigen Mittelmeerländer müssen verstehen, dass unsere Interessen einander ergänzen und dass wir ein gemeinsames Schicksal teilen. Es lohnt sich, dies unseren Landsleuten mit pädagogischem Geschick zu vermitteln, ohne deren Reaktionen zu fürchten.

Wohlstand ist wie ein Gebäude, das mit Geduld aufgebaut wird. Er benötigt eine langfristige Vision, sachkundige Vorhersagen und die Bereitschaft, Wagnisse für die Zukunft einzugehen. Wenn sich Handeln dagegen vom kurzfristigen Denken leiten lässt, wird es sich jedoch mit Sicherheit zerstörerisch auswirken. In der Tat ist in der europäischen Diplomatie mitunter der Fehler begangen worden, ihre Interessen kurzfristig durchsetzen zu wollen und die Zivilgesellschaften, ungeachtet ihrer großen Bedeutung, zu wenig zu beachten. Ich glaube, dass mit der derzeitigen Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, bei der die Zivilgesellschaft teilweise einbezogen wird, dieses Versäumnis künftig korrigiert werden kann. Darauf kommt es an!

1995 sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Staaten des südlichen Mittelmeerraums in Barcelona eine ehrgeizige Partnerschaft für die wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit eingegangen. Zwanzig Jahre später sollen im Jahr 2015 die Bemühungen zur Zusammenarbeit im Mittelmeerraum entscheidend Auftrieb erfahren. Im Rahmen der außerordentlich bereichernden Begegnung der Kontinente Europa und Afrika stellt das Mittelmeer unsere „Neue Grenze“ dar. Es handelt sich jedoch nicht um eine Grenze, die trennt oder behindert, sondern um eine, die dazu einlädt, überwunden und fortwährend beiseitegeschoben zu werden. Zur Überwindung der Grenze des Mittelmeers müssen weiterhin Brücken zwischen beiden Seiten gebaut werden. Trotz der historisch bedingten Zerrissenheit wurden die Kontakte zwischen den Menschen auf beiden Seiten des Mittelmeers nie abgebrochen. So basiert das wichtigste Ziel der Anna-Lindh-Stiftung – der Dialog und die Begegnung zwischen den Kulturen – auf der Vielzahl unserer zwischenmenschlichen und historischen Bindungen.

Dem Extremismus werden wir mit noch mehr Brüderlichkeit, mehr Austausch und mehr gegenseitigem Verständnis entgegentreten. Wir werden weiterhin unermüdlich und mit der Unterstützung der EU und der Arabischen Liga die Jugend des Mittelmeerraums zu Tausenden zu einem Dialog zusammenführen. Gegen all diejenigen, die unsere Gesellschaften im Inneren und untereinander spalten wollen, ist die Arbeit der Stiftung wichtiger denn je.

Ich bin fest entschlossen, zusammen mit dem Exekutivdirektor Hatem Atallah die Anstrengungen der Stiftung zu verdoppeln, um im gesamten Mittelmeerraum ein festes Netzwerk von Männern und Frauen aufzubauen, die tagtäglich beweisen, dass das Zusammenleben stärker ist als alles andere.

Elisabeth Guigou

DIE BEDEUTUNG ALGERIENS FÜR DIE ZUKUNFT DES MAGHREB

Algerien ist ein wichtiger Partner für die Europäische Union, dem besondere Aufmerksamkeit gebührt und der wirtschaftlich und politisch unterstützt werden sollte.

Europa und Algerien sind durch ein Assoziierungsabkommen verbunden, das 2005 in Kraft trat und bis 2017 die Einrichtung einer Freihandelszone vorsieht.

Algerien hat offenbar bisher keine ausreichenden Anstrengungen unternommen, um seine Wirtschaft zu diversifizieren, die nach wie vor wenig dynamisch ist und von der Ausfuhr von Kohlenwasserstoffen abhängt.

Es ist unbedingt notwendig, dass die algerische Regierung Anstrengungen unternimmt, um die heimische Industrie vor dem Inkrafttreten der Freihandelszone zu stärken, denn nur so kann das Land von einem größeren Markt profitieren.

Wir haben diese Frage bereits in einigen interparlamentarischen Treffen angesprochen und werden dies auch weiterhin tun, da die Verbesserung der Wirtschaftslage eine wichtige Voraussetzung für die soziale Eingliederung ist.

Obwohl die algerische Wirtschaft dank der Ausfuhr von Kohlenwasserstoffen wächst, haben wir festgestellt, dass die Jugendarbeitslosigkeit und der Mangel an Sozial- und Gesundheitsdiensten weiterhin ein Problem darstellen. Die soziale Ausgrenzung ist ein idealer Nährboden für radikale islamistische Bewegungen, die jungen Menschen soziale Rehabilitation versprechen.

Das Europäische Parlament sollte auch eine aktive Rolle bei der Förderung der wirtschaftlichen Integration der Maghreb-Länder spielen; dabei handelt es sich um einen bereits laufenden Prozess, mit dem umfangreichere ausländische Investitionen in den nordafrikanischen Märkten angeregt werden könnten. Algerien könnte eine größere Zahl von Unternehmen anziehen, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben wären, insbesondere die politische Stabilität und ein günstiges wirtschaftliches Umfeld. In diesem Zusammenhang ist die Integration der Maghreb-Märkte ein wichtiger Vorteil.

Algerien ist für die Sicherheit im Maghreb und in der Sahelzone von zentraler Bedeutung. Aufgrund seiner geografischen Lage und Größe stellen der Kampf gegen den Terrorismus und die organisierte Kriminalität eine Priorität für die algerische Regierung dar.

In diesem Zusammenhang hat die EU bereits erhebliche Unterstützung geleistet: sie hat Gemeinschaftsmittel zur Verfügung gestellt und Experten nach Algerien entsandt, um die örtlichen Polizeikräfte auszubilden.

Algerien ist seinerseits überzeugt davon, dass eine enge regionale Zusammenarbeit notwendig ist, um kriminelle und terroristische Netze zu bekämpfen, die sich die Durchlässigkeit der Grenzen und die Schwäche einiger Länder in der Region zunutze machen. Aufgabe des Parlaments wird es sein, weitere Unterstützung zu leisten, um gemeinsame Bedrohungen anzugehen und dazu beizutragen, dass wirksame Instrumente zur Bekämpfung radikaler Gruppen und deren Expansion angenommen werden.

Obwohl Algerien umfangreiche Mittel für den Sicherheitsbereich aufwenden muss, darf es nicht in seinen Anstrengungen auf dem Gebiet des politischen Dialogs und der Menschenrechte nachlassen.

Die Verwirklichung einiger Ziele ist zwar in greifbare Nähe gerückt, dennoch bleibt noch viel zu tun.

Es steht außer Frage, dass die Delegation für die Beziehungen zu den arabischen Maghreb-Ländern enorm viel Arbeit zu leisten hat. Aber die Ausgangslage ist gut, und wir können noch mehr erreichen, wenn wir uns deutlich bewusst machen, dass das Schicksal der Mittelmeervölker die Europäische Union direkt betrifft.

Ich persönlich bin überzeugt davon, dass die Beziehungen mit Algerien für die künftige Stabilität und den Frieden in der gesamten Region von entscheidender Bedeutung sind.

MdEP Pier Antonio Panzeri

Beziehungen zwischen der EU und Algerien: neue und alte Herausforderungen im Mittelmeerraum

Algerien kommt eine entscheidende Rolle zu, sowohl was die regionale Stabilität als auch was die Energiesicherheit betrifft. Obgleich sich das Land gegenüber jeglichem politischen Wandel als immun erwiesen hat, stellt Algerien für die Europäische Union einen strategischen Partner in Sicherheitsfragen dar.

Algeriens langlebiger Autoritarismus: kein demokratischer Wandel in Sicht

An Algerien ging der Arabische Frühling beinahe vollständig vorbei. Stabilität hat sich gegenüber dem politischen Wandel durchgesetzt; das autoritäre politische Establishment hat jegliche Umgestaltung der politischen Führung verhindert. Zwischen 2010 und 2012 hat eine Reihe von Protesten stattgefunden, allerdings gab es im Land keinen Regimewechsel. Das von Präsident Abdelaziz Bouteflika im Jahr 1999 etablierte Regime besteht nach wie vor, und dessen ursprüngliche autoritären Eigenschaften blieben unverändert. Seit 1999 liegt die von Freedom House erstellte Bewertung in Bezug auf die Freiheit konstant bei einem Stand von 5,5 (auf einer Skala von 1 bis 7, wobei 1 die beste und 7 die schlechteste Bewertung darstellt). Die Bewertung für politische Rechte liegt nämlich bei 6 und die für bürgerliche Freiheiten bei 5.

Dennoch ist es dem Regime gelungen, die Proteste der Bevölkerung einerseits durch Erhöhung der öffentlichen Ausgaben und Gehälter einzudämmen, während die gesamte arabische Welt von Aufständen erschüttert wurde, und andererseits gute Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft aufrechtzuerhalten, hauptsächlich dank der Rolle des Landes als Energieversorger.

Allerdings kann die Stabilität Algeriens nicht ausschließlich als Folge der autoritären Eigenschaften des Regimes von Abdelaziz Bouteflika erklärt werden. Im Frühjahr 2011 waren die Erinnerungen an den Bürgerkrieg von 1990 für das Land noch zu gegenwärtig, als das es zu Protesten der Bevölkerung in großem Maßstab hätte kommen können. Zudem ist der politische Status quo mit einer recht guten Wirtschaftslage verknüpft. Bei Algerien handelt es sich um einen sog. Rentierstaat, dessen Wirtschaft sich auf die Einnahmen aus dem Kohlenwasserstoffsektor stützt, wobei ein erheblicher Teil dieser Einnahmen über verschiedene Kanäle der Umverteilung der Bevölkerung zugute kommt.

In Algerien wird offen gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen. Zwar ist in der Verfassung festgelegt, dass die Amtszeit des Präsidenten auf zwei Amtsperioden begrenzt wird, allerdings wurde im Jahr 2008 durch eine Ad-hoc-Änderung der Weg für eine dritte Amtszeit von Präsident Abdelaziz Bouteflika frei, der im April 2009 mit 90 % der Stimmen wiedergewählt wurde. Im April 2014 wurde Abdelaziz Bouteflika mit über 80 % der Stimmen zum vierten Mal gewählt, trotz der Proteste und des Boykotts auf Seiten von Aktivisten und Parteien. Die Opposition erhob vehement den Vorwurf der Wahlfälschung, und die Wahlbeteiligung fiel eher gering aus (um die 50 %), allerdings reichte das nicht aus, um eine Umgestaltung der politischen Führung einzuleiten.

Präsident Abdelaziz Bouteflika ist beinahe 80 Jahre alt, auf den Rollstuhl angewiesen und gehört einer Generation von arabischen Führungspolitikern an, die anderswo im Zuge der Aufstände im arabischen Raum ausgewechselt wurden. Politische Analysten sprechen sogar von einer Phantom-Regierung und machen geltend, dass der Präsident die Macht an einen elitären Kreis von Entscheidungsträgern rund um die Nationale Befreiungsfront, die Streitkräfte und die Nachrichtendienste übergeben habe.

Algerien als zentraler Energieversorger

Die Wirtschaft Algeriens ist die reichste im Maghreb; die 38 Millionen Einwohner des Landes stellen für die EU einen wachsenden und attraktiven Markt dar. Die EU ist der größte Handelspartner Algeriens und macht die Hälfte des internationalen Handels des Landes aus.

Der europäische Markt nimmt über 80 % der Erdgasexporte Algeriens auf, wodurch 15–20 % des EU-Bedarfs an Erdgas gedeckt sind. Algerien ist nach Russland und Norwegen der drittgrößte Erdgaslieferant der EU. Algerien verfügt über Pipelines, die Europa über drei Wege erreichen: Die TransMed-Pipeline verläuft über Tunesien nach Italien, die Pipeline Maghreb-Europa verläuft über Marokko nach Spanien und die Medgaz-Pipeline verläuft direkt nach Spanien.

Algerien investiert hohe Beträge in die Energieinfrastruktur und in erneuerbare Energieträger, um seine Rolle als wichtiger Energieversorger beizubehalten. Darüber hinaus kann es eine Brücke zwischen Europa und den afrikanischen Ländern südlich der Sahara darstellen, die reich an natürlichen Ressourcen sind.

Durch die Krise in der Ukraine wurde auf dramatische Weise deutlich, dass die Mitgliedstaaten der EU ihre Energiequellen diversifizieren müssen. Die Kommission hat unlängst ein neues Energiepaket für die Union veröffentlicht, in dessen Mittelpunkt Möglichkeiten stehen, wie die zukünftige Versorgung diversifiziert werden kann. Daher ist die zentrale Rolle Algeriens als Energieversorger sogar noch maßgeblicher geworden. Die EU ist sich der Tatsache voll und ganz bewusst, wie wichtig es ist, gute Beziehungen zu Algerien aufrechtzuerhalten, obwohl das demokratische System oder die Achtung der Menschenrechte Defizite aufweisen.

Alte und neue sicherheitspolitische Herausforderungen: Gibt es eine gemeinsame Grundlage der Zusammenarbeit?

Aufgrund der geographischen Lage Algeriens inmitten des Maghreb und seiner enormen Energievorkommen wird die entscheidende Rolle des Landes für die regionale Stabilität untermauert. Derzeit setzt sich die EU für eine Neufestlegung ihrer Beziehungen zu den Nachbarstaaten im Mittelmeerraum mittels der Überarbeitung der Europäischen Nachbarschaftspolitik ein, die den wichtigsten Rahmen der Zusammenarbeit in den Beziehungen zwischen der EU und Algerien bildet und eine breite Palette von politischen Initiativen vorsieht: Migration, Energie, Verteidigung der Menschenrechte, Terrorismus, Handel und Entwicklung.

Im Zuge der wachsenden Bedrohung durch den Islamismus sind gute Beziehungen zu Algerien wichtig, um gegen den Terrorismus vorzugehen. Die algerische Regierung hat umfangreiche Investitionen in den Sicherheitssektor getätigt, um die Fähigkeiten des Landes zur Terrorismusbekämpfung zu verbessern.

Algerien ist zu einem entscheidenden Faktor für die Sicherheit der Region geworden, und die EU übt gegenüber dem Regime nur widerwillig Druck bei Themen im Zusammenhang mit der Verteidigung der Menschenrechte aus. Bei einem solchen unausgewogenem Verhältnis fehlt es der EU an Druckmitteln, um innenpolitische Reformen zu fördern. Solange Algerien als strategischer Partner bei der Bekämpfung des Terrorismus, dem Unterbinden von Migrationsströmen und bei der Energieversorgung angesehen wird, wird die Agenda der Zusammenarbeit zwischen der EU und Algerien von sicherheitspolitischen Interessen geleitet sein.

Stefania Panebianco

Europäischen Verteidigungspolitik

Vor kurzem eröffnete der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, erneut die Diskussion über die Notwendigkeit, dass Europa eine europäische Verteidigung brauche, „die dazu beitragen würde, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu gestalten und es Europa ermöglichen würde, seiner Verantwortung auf der Welt gerecht zu werden“.

Ferner hat das Europäische Parlament auf der Plenartagung im März eine Entschließung zum Jahresbericht der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik angenommen, in dem es fordert, „[...] einen bislang hauptsächlich reaktiven Ansatz durch eine vorausschauende, schlüssige und strategische Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu ersetzen,

[...] die durch angemessene Verteidigungskapazitäten in den Mitgliedstaaten und eine wirksame Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) untermauert werden muss“.

Die gemeinsame europäische Verteidigung ist kein einfaches Thema, da verschiedene Sichtweisen, Meinungen und strategische Visionen in einem Europa, das sich aus 28 Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen Militärtraditionen und unterschiedlichen Interessen und strategischen Prioritäten zusammensetzt, aufeinander treffen.

Wenn wir von einer europäischen Verteidigung sprechen, bedeutet das, dass wir – ausgehend von dem Projekt der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ der 50-er Jahre – viele kleine und wichtige Bausteine aneinanderfügen: von den Petersberg-Aufgaben (1992) über den Rat von Köln (1999) und die Annahme des Dokuments „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ (das im Jahr 2003 unter der Verantwortung des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana veröffentlicht wurde) bis zur vor kurzem erfolgten Einrichtung der Europäischen Verteidigungsagentur und zur Annahme des Aktionsplans zur Stärkung des Verteidigungsbinnenmarktes (2014).

Viele wichtige Schritte in einem Projekt, das heute immer noch eine schwere Geburt ist.

Europa besitzt vor allem Überzeugungskraft, aber auf lange Sicht braucht auch die stärkste Überzeugungskraft ein Minimum an integrierter Verteidigungskapazität. Und vor allem verliert diese europäische Kapazität – wie die Tatsachen zeigen – an Kraft oder scheint zumindest den Krisen, denen wir gegenüberstehen, nicht gewachsen zu sein; als Beispiele seien genannt die Krise in der Ukraine, die Spannungsherde in verschiedenen Regionen des Mittelmeerraums und Afrikas, die Herausforderung des Terrorismus (ISIS, aber nicht nur) und des religiösen Fundamentalismus und die Bewältigung der massiven und unkontrollierten Migrationsströme.

Die Herausforderungen von heute erfordern komplexere Formen der Zusammenarbeit und kürzere Reaktionszeiten. Sie erfordern ein Verständnis für die Gegenwart, insbesondere aber auch eine Vision für die Zukunft.

Eine echte europäische Verteidigungsstrategie kann aber nicht bloß die Summe von 28 einzelstaatlichen Verteidigungsstrategien sein. Es ist kein Zufall, dass Europa auf der internationalen Bühne oft nicht in der Lage ist, eine führende Rolle – auf gleicher Augenhöhe mit den anderen Akteuren – zu spielen. Es geht nicht nur um moral suasion, es geht darum, die Grundprinzipien und Grundwerte, die die Basis für die Gründung und den Aufbau des europäischen Projekts bilden, mit den erforderlichen Mitteln auszustatten.

Diese Mittel können nicht nur finanzieller Art sein. Europa, das ja weltweit der wichtigste Geber (in Bezug auf finanzielle Unterstützung, humanitäre Hilfe und Hilfe für den Wiederaufbau) ist, kann sich nicht heraushalten bzw. kann an den Gesprächsrunden der Geberländer nicht einfach nicht teilnehmen, wenn es um die Festlegung der künftigen

geopolitischen Ordnung oder zumindest um den Schutz vor den Bedrohungen, mit denen wir konfrontiert sind, geht.

Wenn man von Verteidigung spricht, spricht man von einer Armee. Und jede Armee braucht eine Heimat. Europa ist jedoch zur Zeit nicht in der Lage, dieses Bedürfnis zu erfüllen.

Aber vielleicht können, wie viele Wissenschaftler und Experten empfehlen, erste Initiativen ergriffen werden, zum Beispiel im Mittelmeerraum, wo nunmehr die Voraussetzungen für eine Europäische Küstenwache zum Schutz unserer gemeinsamen Südgrenze gegeben sind.

Roberta Angelilli

MORD AN EINEM BOTSCHAFTER UND FREUND EUROPAS

Am 27. März diesen Jahres kam der somalische Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf, Yusuf Mohamed Ismail Bari-Bari, bei einem terroristisch motivierten Anschlag in Mogadischu ums Leben. Er hatte das Europäische Parlament mehrfach besucht und war 2009 Berichterstatter bei einem von der EVP-Fraktion veranstalteten Kolloquium zu Somalia, Terrorismus und Piraterie.

Seine Ermordung war zweifellos geplant. Die „Al-Shabaab“-Milizen, die im Zuge des Anschlags weitere Menschen getötet haben, sorgten dafür, dass der Botschafter, der eine schwere Bauchverletzung davontrug und sich noch in das erste Stockwerk retten konnte, keine Hilfe mehr erhalten konnte. Sie sprengten die Treppe in die Luft, die zu seinem Zufluchtsort führte. Yusuf hatte es zuvor noch geschafft, den somalischen Premierminister anzurufen. Dieser erteilte den Sondereinsatzkräften der „Alfa Group“ den Befehl, Yusuf zu Hilfe zu kommen; sie weigerten sich jedoch prompt, den Befehl auszuführen. In der Tat hatte der Präsident Somalias, Hassan Sheikh Mohamud, der der Gruppe al-Islah nahesteht, nach seiner Amtsübernahme dem Premierminister die Befehlsgewalt über die Streitkräfte entzogen. Der Premierminister wies infolgedessen seine Leibgarde an, dem Botschafter zu Hilfe zu kommen. Bis diese jedoch an den Ort des Geschehens und nach oben in den Raum gelangen konnte, lag Yusuf bereits im Koma.

Auch die EU muss den Tod Yusufs betrauern. Yusuf, der in Rom geboren wurde, stammte aus einer aristokratischen Familie aus Puntland, die in Opposition zum Regime von Siad Barre stand. Er studierte Politikwissenschaften an der Universität von Bologna. Von je her war er ein leidenschaftlicher Verfechter einer Europäischen Union, die in der Lage ist, eine Außenpolitik zu führen, die auf den Schutz all derjenigen gerichtet ist, die sich weltweit – insbesondere in Somalia – in der Gegenwart und in der Vergangenheit dem Kampf gegen den religiösen Fundamentalismus und die Korruption verschrieben haben. Yusuf hat zahlreiche Texte verfasst, die mir und anderen Kollegen über die Jahre als Quelle für an die Kommission, das Parlament und die italienische Regierung gerichtete Anfragen zur schriftlichen Beantwortung, Schreiben und Vorschläge dienten. Der Botschafter zeichnete sich in Genf insbesondere dadurch aus, dass er sich mit Nachdruck für die Achtung der Menschenrechte einsetzte. Die Resolution zu den Rechten der Albinos in Afrika trägt nicht zufällig seine Unterschrift.

Er liebte seine Heimat und litt darunter, dass Europa die strategische Bedeutung des Horns von Afrika – nicht nur für die wirtschaftlichen Beziehungen – offenbar noch immer nicht vollständig begriffen hat. Das gilt insbesondere angesichts der Tatsache, dass die Erweiterung des Einflussbereichs und das Erstarken von extremistischen Organisationen derzeit für mehrere Länder in Afrika und für Europa selbst eine Gefahr darstellen. Die Entstehung des Islamischen Staats und die Tatsache, dass sich sowohl Boko Haram in Nigeria als auch Al-Shabaab in Somalia zum Kalifat bekennen, zeigen einmal mehr, dass die Ursachen für die derzeitige Lage darauf zurückzuführen sind, dass die Worte des Botschafters und derjenigen,

die im Europäischen Parlament seit Jahren gezielte Interventionen gefordert hatten, ungehört verhallt sind. In der Zwischenzeit hat der Präsident Kenias, Uhuru Kenyatta, sogar beschlossen, entlang der gesamten Grenze nach Somalia bis zur Küste eine Mauer zu errichten. Er will verhindern, dass Terroristen in das Land gelangen, wo sie bekanntermaßen ebenfalls Massaker und Entführungen begangen haben. Der barbarische Mord an Yusuf ist eindeutig eine Folge der Anschuldigungen, die er gegen bestimmte Clans vorgebracht hatte, und der unklaren Interessenlage. Offenbar gibt es auch außerhalb Somalias heimliche Verbündete – es ist kein Zufall, dass die Ursache für den Tod der italienischen Journalistin Iliaria Alpi und ihres Kameramanns Milan Hrovatin nie aufgeklärt wurde. Dieser Vorfall müsste die EU-Organe, insbesondere die Kommission und den Rat, endlich davon überzeugen, ihre derzeitige Haltung zu Somalia zu überdenken, da sie bislang keinerlei positive Ergebnisse gebracht hat.

Cristiana Muscardini

Die sich anbahnende Tragödie in Irak

Während Tikrit weiterhin hart umkämpft wird, haben 30.000 Kämpfer, von denen zwei Drittel Mitglieder verschiedener brutaler, vom Iran unterstützter schiitischer Milizen sind, die Stadt – eine Sunniten-Hochburg – eingeschlossen. Die Offensive wird von Irans berüchtigtem General Qasem Suleimani, Anführer der terroristischen Quds-Einheit, geleitet, der die Milizen, die während des Aufstands in Irak Hunderte amerikanischer und britischer Soldaten ermordeten, finanziert und mit Waffen ausgerüstet hat.

Der Islamische Staat (IS), der Tikrit im letzten Sommer eingenommen hat, ist tief in der lokalen sunnitischen Bevölkerung verwurzelt, die häufig den IS den plündernden Schiiten-Milizen vorzieht. Unter der Befehlsherrschaft des ehemaligen, extremistischen und korrupten Premierministers Nouri al-Maliki führten die schiitischen Milizen eine Völkermord-Kampagne gegen die sunnitische Bevölkerungsgruppe in Irak. Die USA und Großbritannien flogen Luftangriffe auf IS-Ziele um Tikrit und sind nun de facto-Alliierte des Iran.

Es könnte eine gewisse Zeit dauern, bis man dem IS die Kontrolle über Tikrit wieder entrissen hat, doch sobald die Stadt zurückerobert ist, wird der Kampf um Mossul, die zweitgrößte Stadt Iraks, beginnen. Mehr als zwei Millionen Zivilisten, vor allem Sunniten, werden vom IS in Mossul festgehalten. Tausende werden in künftigen Luft- und Artillerieangriffen getötet werden. Die von Iran geführten Schiiten-Milizen werden sich über deren Vernichtung freuen, da dieser bevorstehende Kampf in vielerlei Hinsicht Teheran nützt.

Die Ajatollah haben die aktuelle Krise derart manipuliert, dass sie ihre theokratische Herrschaft über weite Landstriche des Irak ausdehnen, wobei sie sich des Vorwands bedienen, heilige schiitische Stätten zu schützen und den Terror zu bekämpfen. Der durch die daraus folgenden Kämpfe entstehende Kollateralschaden – die Tötung oder Verstümmelung tausender Sunniten –, wird die Mullahs in Teheran sicher nicht um ihren Schlaf bringen.

Fehlritte der USA haben eine entscheidende Rolle beim fortschreitenden Zerfall des Irak gespielt, das sie zur Entstehung des IS führten und die regionale Hegemonie des Iran förderten. Nach acht Jahren des Blutvergießens und des Chaos haben die USA den katastrophalen Fehler erkannt, den sie gemacht haben, indem sie die völkermörderische und extremistische Diktatur von Nouri al-Maliki unterstützt haben. Seit Beginn der Amtszeit von Präsident Obama bis heute hat sich die Gewalt in Irak annähernd vervierfacht und einen Stand

erreicht, den man seit dem Höhepunkt des Bürgerkriegs 2006/2007 nicht mehr erlebt hat. Viertausend Iraker, meist Zivilisten, kamen allein im Februar dieses Jahres ums Leben.

Die einzige Möglichkeit, den IS auszulöschen, besteht in der Rekrutierung sunnitischer Stämme, denen es während der amerikanischen „Welle“ gelungen ist, Al-Qaida zu schlagen. Diesen Erfolg können sie wiederholen, aber nur dann, wenn ihre Unterdrücker, die von Iran unterstützten schiitischen Milizen, aus Irak vertrieben werden. Die Obama-Regierung benötigt eine umfassende Strategie für Irak, da der IS nicht allein durch alliierte Luftangriffe besiegt werden kann. Selbst wenn die gemeinsamen Bemühungen des irakischen Militärs und der schiitischen Milizen zur Rückeroberung von Mossul führen sollten, wären die Verluste auf sunnitischer Seite so hoch, dass der Konflikt zwischen den religiösen Gruppen angefacht und möglicherweise den Mittleren Osten in den Abgrund treiben würde. Aus diesem Grund ist es ein großer Fehler der USA, gemeinsame Sache mit den katastrophalen Absichten Teherans in Irak zu machen.

Die USA, die UN und die EU sollten die neu gegründete Koalition arabischer Staaten, die sich darauf geeinigt haben, gegen die Besetzung des Jemen durch von Iran gesteuerte Huthi-Rebellen vorzugehen, uneingeschränkt unterstützen. Iran ist weltweit der größte Exporteur von Terrorismus, Fundamentalismus und Extremismus. Die Koalition arabischer Staaten, die dem Expansionskurs des Iran entgegentreten will, sollte begrüßt und unterstützt werden.

Struan Stevenson

Struan Stevenson war ein konservativer MdEP, der Schottland von 1999 bis zu seinem Ruhestand im Jahr 2014 im Europäischen Parlament vertrat. Von 2009 bis 2014 war er Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu Irak. Heute ist er Vorsitzender der European Iraqi Freedom Association (EIFA).

Das Essen ist alles, die Expo ist sein Bote

Gut, richtig und sicher. So wird es seit Jahren von Vielen gefordert, auch vom Autor dieser Zeilen. Aber sind das tatsächlich die einzigen Eigenschaften, die das Essen auf unserem Tisch haben sollte? Das Essen, das bis Ende Oktober bei der Expo 2015 in Mailand von der ganzen Welt in Worte gefasst, gezeigt, begutachtet wird.

Das gleiche Essen, das annähernd eine Milliarde Menschen auf unserem Planeten nicht hat oder nur in Mengen, die gerade zum Überleben ausreichen, und über eine Milliarde im Überfluss hat, das zuweilen verschwendet wird und zu Übergewicht oder gar Fettleibigkeit führt? Das Essen, das – schon zu sehr – zum Modethema geworden ist, droht, missverstanden zu werden, da die wahren Gründe für seine Bedeutung nicht immer erfasst werden, die gesundheitlicher, kultureller, sozialer, oder auch wirtschaftlicher Art sind. Das Essen ist alles: Geschichte, Tradition, Freude (man braucht nur an Kinder und an ihre Herangehensweise beim Essen zu denken); das Essen eint oder trennt (möglicherweise werden in der Zukunft wieder Kriege wegen Nahrung und Wasser geführt werden), vor allem ist es jedoch Wissen. Je mehr ich weiß, desto besser wähle ich. Auf der Weltausstellung werden dem Besucher Essen und Getränke auf eine schulische Weise nähergebracht. Es ist keine Lebensmittelmesse, sondern die größte didaktische Informationsveranstaltung in diesem Jahrhundert zu den unendlichen Weiten der Lebensmittel. Wann wird es jemals wieder etwas Ähnliches geben, wie das, was jetzt von Mailand und ganz Italien geboten wird?

Die soeben begonnene Expo bestmöglich zu nutzen, bedeutet, das anzunehmen, was jede Weltausstellung alle fünf Jahre hinterlässt: das immaterielle Erbe und die erworbenen Kenntnisse über das jeweilige Thema. Das ist vielleicht der wichtigste Aspekt, den die Gegner von Weltausstellungen nicht gänzlich verstanden haben.

Wenn Essen und Ernährung aus annähernd 150 Ländern in Form von Clustern und Ausstellungsflächen dargeboten werden, wird das dazu führen, dass Italien nach der Weltausstellung weltweit kulturell führend sein wird.

Pasta, Öl, Wein, Gebäck, Wasser, Obst und Gemüse sowie die unzähligen Erzeugnisse, die unser Land und die einzelnen Regionen so bekannt gemacht haben.

Hierzu zählt zum Beispiel der Käse.

Milch, Lab und Salz. Das sind die einzigen und immer gleichen Zutaten, aus denen alle Käsesorten bestehen. Und dennoch ist der Unterschied zwischen einem Fontina aus der Region Valle d'Aosta und einem Gorgonzola aus der Provinz von Novara riesig! Beide sind hervorragend in ihrer Qualität und einzigartig in ihrem Geschmack, der sich so deutlich voneinander unterscheidet. Das Gleiche gilt für Hunderte von Käsesorten in jedem Tal, die sich jeweils von denen in den angrenzenden Tälern oder Ebenen unterscheiden und allesamt einzigartig in ihrem Geschmack sind. All dies ist dem italienischen Savoir-faire zu verdanken. Jetzt gilt es, dies unter Beweis zu stellen.

Und so wie einst ein Bote dem König und den Reitern voranging und ihre Heldentaten rühmte, damit jeder davon erfuhr, werden wir der Weltausstellung die Aufgabe eines Boten für die kommenden sechs Monate anvertrauen.

Den Kindern sagen wir: „Es ist wichtig, zu sehen, wo das Essen herkommt, um dessen Zubereitung schätzen zu lernen“.

Die Erwachsenen, insbesondere aus dem Ausland, machen wir darauf aufmerksam, dass „die Expo inmitten in Italien liegt!“.

Riccardo Garosci

Riccardo Garosci, Unternehmer, Dozent und Journalist aus dem Piemont. Projektleiter beim Bewerbungskomitee für die Expo Mailand, Präsident des Ausschusses für Ernährungsbildung beim italienischen Bildungsministerium und Koordinator dieses Themenbereichs bei der Expo 2015 für die Redaktion der „Charta von Mailand“, die nach Abschluss der Weltausstellung an die Vereinten Nationen übergeben wird.

Die Flut bringt's an den Tag – und wir haben's in der Hand

Insbesondere nach Sturmfluten türmen sich Treibsel am Strand. Wir finden Holz, Busch, Gras, Schilf, Seetang, Muschelschalen, Kleinstlebewesen. Biomasse also! Ökologisch und wiederverwertbar. Alles roger also. Mal abgesehen von den Kosten der Säuberung touristisch genutzter Strände.

Jetzt wird's ernst:

Denn wir finden auch Duschgel-Flaschen, Sonnencreme-Töpfchen, Plastikeimer, Plastikschuhe, Plastiktüten, Kunststoff-Schiffstaue, Kunststoff-Flaschen aller Art, Fischernetze, Ölkannister – alles, was sich eben leicht über Bord werfen lässt. Sieht ja keiner, besonders nicht des Nachts.

Sie finden auch Seevögel und andere Meereslebewesen, verheddert und stranguliert in den Netzen oder verhungert.

Was macht die EU?

Seit den 90er Jahren erarbeiten Europäisches Parlament, Kommission und Rat in ihren Grün- und Weißbüchern Richtlinien und Verordnungen zu den Ideen von Blue Growth - am Beispiel der EU Strategie for the Baltic Sea Region, (2009), the Black Sea, (2011/2014 ongoing), the Adriatic and Ionian Sea (2012) und Clean Sea (Marine Litter 2013), des Integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM) (1999), der Wasserrahmen-Richtlinie (2000) sowie schließlich der aktuellen Europäischen Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) (2008),

Doch die Wissenschaftler beklagen eine zu geringe Forschung – und diese ist teuer!

Die Auswirkungen der Meeresverschmutzung sind immens. Die MSRL-Monitoring-Programme bestätigen: Die Belastungsfaktoren sind vielfältig. Eines der größten Probleme sind die Schadstoffe im Meer, klassische (aus Erdöl- und Erdgas-Förderung, Schwermetalle, radioaktive Substanzen) und neue (Kunstharze, Kleber, Kosmetika, Schmerzmittel, Antibabypille, Weichmacher). Ca. 18 Mio. chemische Substanzen sind bekannt.

Wir finden heute unvorstellbare Mengen von Plastikmüll auch in den Weltmeeren. Als vielseitiger Werkstoff wird Plastik überall eingesetzt. Unsachgemäße Entsorgung sowie die extreme Langlebigkeit von Plastik (Hunderte Jahre!) gefährden uns und die Umwelt.

Die Produktion von Plastikmaterial beträgt weltweit pro Jahr ca. 250 Mio. to, umgerechnet auf die Weltbevölkerung ergibt das jährlich 35 kg Plastik pro Erdenbürger. Ins Meer gelangen davon zwischen 6 und 30 Mio. to pro Jahr weltweit.

Die Einträge ins Meer stammen zu 80 % von Land (über Flüsse, Kanäle, Strände, Klärschlamm, Mülldeponien) und 20 % von See (Fracht- und Passagier-Schiffe, Offshore-Industrie, Fischerei).

Plastik ist unverdaulich und wird zudem durch die UV-Strahlung des Sonnenlichts und Bakterien zersetzt sowie durch mechanische Reibung (Salzwasser) immer mehr zum sogenannten Mikroplastik zerkleinert – hierzu ein Forschungsergebnis:

5,5 % aller untersuchten 290 Fische aus Nord- und Ostsee (2013) hatten Plastik im Verdauungstrakt, davon waren 74 % Mikroplastik (alle Daten „von-Thünen-Institut“ Deutschland).

Bedrohlich sind auch die riesigen Plastikinseln, die in den Weltmeeren treiben. Ca. 88% der weltweiten Meeresoberfläche seien bereits mit Mikroplastik verschmutzt. Wind, Wellen, Strömungen treiben ihr dramatisches Spiel. Die riesigen Kosten zum Einfangen und Recyceln dieser Inseln sind nur gemeinsam von allen Nationen zu tragen – doch das geschieht wann?

Immerhin, um Müll wenigstens einzuschränken, dürfen jetzt EU-Länder fortan Plastiktüten besteuern oder verbieten.

Und: Bis Ende 2025 soll jeder Europäer durchschnittlich nur noch 40 Beutel pro Jahr verbrauchen – zuletzt (2010) waren es noch 176 Einwegtüten.

Auf meiner Fischinspektionsreise nach Mauretanien glitzerte der sandige Wüsten-Küstenstreifen in der Sonne: er war überzogen von leichten durchsichtigen Plastiktüten, die

auch die Beduinen mittlerweile gerne benutzen – und wegschmeißen wie früher die natürlichen vergehenden Materialien. Nur dass die Plastiktüten sich eben nicht auflösen

Müllvermeidung ist mehr denn je Bildungssache!

PS:

Bei mir gibt's heute Fisch – die Wissenschaftler sagen, er sei grundsätzlich (noch) ein äußerst gesundes Nahrungsmittel mit essentiellen Fettsäuren, leicht verdaulichem Eiweiß und wenigen Kohlehydraten, zudem vitaminreich und natriumarm! Das soll er auch bleiben! Wir haben's in der Hand!

Brigitte Langenhagen

TEN-V-Netzwerk: über den Binnenmarkt hinaus

Das Transeuropäische Verkehrsnetz wird seit seiner ersten Erwähnung im Vertrag von Maastricht als Instrument für die Verwirklichung des Binnenmarkts angesehen.

Wie wäre es möglich, einen europäischen Binnenmarkt aufzubauen, ohne jeden Punkt A physikalisch mit jedem anderen Punkt B zu verbinden, und wie könnten wir das tun, wenn jedes Straßen-, Schienen- oder Binnenschiffahrtsnetz immer noch so viele Lücken an ehemaligen Grenzübergängen aufweist, ganz zu schweigen von den Engpässen, die sich immer noch auf Knotenpunkte und Verbindungen auswirken?

Die Netzwerkgeographie hat sich von 1996 bis 2014 weiterentwickelt, um den schrittweisen Osterweiterungen der Union und den Änderungen der Siedlungsgeographie, die durch die wirtschaftlichen und sozialen Triebkräfte der langfristigen europäischen Entwicklung verursacht wurden, Rechnung zu tragen.

Der Binnenmarkt war und ist der Grundstein für die wichtigsten Ziele der EU. Wachstum für jeden Mitgliedstaat wurde und wird wechselseitig durch das Wachstum jedes anderen Mitgliedstaats ermöglicht. Man ging davon aus, dass der europäische Binnenmarkt der größte der Welt bleiben würde. Die Vertiefung und/oder Erweiterung des europäischen Binnenmarkts war die einzige taktische Wahl in einer ansonsten sehr klaren Strategie.

Dann kam es zum Beitritt Chinas zur WTO 2004, zur globalen Öffnung der Märkte und zu einer immer wichtigeren Führungsrolle der BRICS-Staaten beim globalen Wachstum. Darüber hinaus hat die Krise nach 2008, die sich auf viele europäische Volkswirtschaften vor allem im Euro-Währungsgebiet ausgewirkt hat, den internationalen Handel außerhalb der EU noch wichtiger werden lassen.

Nach Angaben von Eurostat ist der internationale Handel außerhalb der EU von 49 % des EU-Binnenhandels 2002 auf 55 % 2013 angewachsen. In absoluten Zahlen sind die Einfuhren von außerhalb der EU von 937 Mrd. EUR auf 1682 Mrd. EUR (+79 %) angestiegen, und die Ausfuhren haben sich von 885 Mrd. EUR auf 1737 Mrd. EUR fast verdoppelt.

In Zukunft wird ein Großteil des Wachstums von aufstrebenden Volkswirtschaften und globalen Märkten kommen. Den Prognosen des IWF zufolge wird die Weltwirtschaft bis 2019 um 4 % wachsen, wobei die Schwellenländer mit 5,2 % in Führung liegen, während Europa mit niedrigen 1,6 % zurückbleiben wird. Längerfristig gesehen (2030) wird der

Welthandel um einen Faktor von 3,4 zunehmen (OECD – Internationales Verkehrsforum). Daher wird das Wachstum der europäischen Länder von Ausfuhren abhängig sein. Da globale Ausfuhren Transport auf See oder in der Luft bedeuten, werden Häfen und Flughäfen enorm unter Druck geraten.

Die Anpassung der europäischen Häfen und Flughäfen an das neue Aktivitätsniveau hat absolute Priorität und muss wegen der langen Vorlaufzeit jeder großen Infrastrukturinvestition unverzüglich umgesetzt werden. Dieser Priorität wurde bei dem technischen Verfahren zur Überarbeitung des TEN-V-Netzes gewisse Aufmerksamkeit geschenkt, und de facto hat sie sich in der Festlegung der neun wichtigsten Korridore, die alle in einer Hafenstadt beginnen oder enden oder auf ihrem Weg wichtige Häfen berühren, niedergeschlagen.

Die vom Koordinator jedes wichtigen Korridors konzipierte Umsetzungsstrategie spiegelt die Bedeutung dieser Priorität leider nicht wider: fehlende Verbindungen und Engpässe im Binnennetz werden wohl immer noch als wichtiger angesehen als die Schaffung effektiver Tore und Türen zur Welt.

(http://ec.europa.eu/transport/themes/infrastructure/ten-t-guidelines/corridors/corridor-studies_en.htm)

Das ist ein Fehler, der möglichst bald behoben werden muss, damit das transeuropäische Netz ein Wachstumsinstrument wird, das dann stärker von außerhalb als von innerhalb Europas vorangetrieben wird. Es ist Zeit für einen Wandel: von „Europa als Binnenmarkt“ hin zu einem „vereinten Europa auf dem Weltmarkt“.

Paolo Costa

Ehemaliger Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments

Filme sind kein Fast Food Kunstschaffende, Vielfalt und Arbeitsplätze in den Mittelpunkt des digitalen Binnenmarkts rücken

Von der EU-Kommission hören wir ständig die Devise, dass wir die Hürden für Unternehmen beseitigen müssen, damit Verbraucher einen sicheren und günstigen Zugang zu Waren und Dienstleistungen, einschließlich zu digitalen Inhalten, besitzen, wo auch immer sie sich befinden und über Grenzen hinweg. Filme sind kein Fast Food. Ich fordere die Kommission eindringlich auf, Folgendes zu berücksichtigen:

Übereinkommen der UNESCO zur kulturellen Vielfalt

Die EU-Mitgliedstaaten und die EU haben dieses Übereinkommen ratifiziert. Bei jedwedem Vorgehen der EU muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Vorschriften und finanzielle Unterstützung auch auf Ebene der Mitgliedstaaten erforderlich sind, wenn die kulturelle Vielfalt gewahrt werden soll. Filme sind kein Fast Food. Bei Kulturgütern und -dienstleistungen handelt es sich um die Vermittlung von Sinn, Werten und Identität, die für den sozialen Zusammenhalt wertvoll sind. Sie werden ausnahmslos auf lokaler, regionaler und nationaler Basis geschaffen und verbreitet.

Wert der Kultur- und Kreativwirtschaft

Die Entscheidungsträger in der EU müssen die Kultur- und Kreativwirtschaft gebührend wertschätzen. Sie macht mindestens 4,2 % der EU-Wirtschaft aus, und durch sie werden mehr

als 7 Millionen direkter Arbeitsplätze bereitgestellt. Mit einem Umsatz von beinahe 540 Mrd. EUR gehört die Kultur- und Kreativwirtschaft zu den größten Sektoren in Europa, und ist ein Schlüssel für den Aufschwung Europas nach der Krise. Die Kreativität Europas ist die wichtigste Quelle von materiellem und geistigem Reichtum vor dem Hintergrund einer globalen Wirtschaft; ihr kommt eine zentrale Bedeutung zu, wenn es darum geht, die Werte Europas weltweit zu verbreiten. Die Kommission sollte diesbezüglich eine ganzheitliche wirtschaftliche Strategie ausarbeiten.

Urheberrecht und Schutz der Urheberrechte

Die Kommission will das Urheberrecht reformieren. Als ob dadurch die Kultur- und Kreativwirtschaft gestärkt würde! Das ist nicht der Fall. Die Kommission sollte sich vor Augen führen, dass die Rechte des geistigen Eigentums in der EU-Grundrechtecharta verankert sind und für Kunstschaffende ein bürgerliches Recht darstellen müssen. Mit diesen Rechten wird sichergestellt, dass Kunstschaffende ihren Lebensunterhalt verdienen und ihrer künstlerischen Tätigkeit nachgehen können. Ein hohes Maß an Urheberrechtsschutz ist weiterhin von grundlegender Bedeutung, damit sie ihre Arbeit fortführen können.

Bekämpfung der Piraterie

Durch Online-Urheberrechtsverletzungen werden Arbeitsplätze gefährdet, Einkommen geschädigt und Investitionen untergraben. Es ist nicht richtig, wenn ein Komponist sein neuestes Album zwei Monate vor seinem Erscheinen auf sieben Piraten-Webseiten ausfindig macht und über Google Alert davon erfährt. Was ist das für ein Geschäftsgebaren? Wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Nachahmung kreativer Werke sind nach wie vor wesentlich, wenn es um die Unterstützung für Kunstschaffende und Produzenten geht. Die Initiative der Kommission mit dem Titel „Follow The Money“ sollte vermehrt beispielgebend sein bei dem Versuch, das Geschäftsmodell von Webseiten mit rechtsverletzenden Inhalten zu durchkreuzen. Eine wirksame Förderung von legalen Online-Angeboten europaweit und die Unterstützung für weitere derartige Dienste sind wesentlich.

Die kulturelle Vielfalt darf nicht für TTIP aufgegeben werden

Wir müssen dafür sorgen, dass die Kulturpolitik bei Handelsverhandlungen nicht infrage gestellt wird. Das Mandat der Kommission für die TTIP-Verhandlungen sieht vor, dass audiovisuelle Dienstleistungen ausgeklammert werden. Dies muss sowohl für die lineare als auch für die Online-Welt gelten. Die Kommission muss ihr Mandat strikt einhalten und sicherstellen, dass digitale audiovisuelle Dienste im Rahmen dieser Abkommen nicht liberalisiert werden können, da dadurch Mitgliedstaaten daran gehindert würden, Maßnahmen zur Förderung europäischer kreativer Werke in digitalisierter Form zu ergreifen. Ferner muss die Kommission dafür Sorge tragen, dass durch Verpflichtungen „durch die Hintertür“ in anderen Bereichen, etwa Online- oder Telekommunikationsdienste, der Ausschluss der audiovisuellen Dienstleistungen und insbesondere der digitalen audiovisuellen Dienstleistungen nicht umgangen wird, etwa indem der Begriff „digitale Produkte“ verwendet wird, die keine audiovisuellen Programme / Werke oder sonstige kreative Werke umfassen sollten.

Steuerhinterziehung

Durch die Steuerhinterziehung der Internet-Riesen – oftmals im Zusammenhang mit kulturellen Dienstleistungen – wird die Fähigkeit der Mitgliedstaaten, Vorteile aus der digitalen Wirtschaft zu ziehen, infrage gestellt. Eine verbesserte finanzpolitische Koordinierung ist vonnöten, um einen Wettlauf „nach unten“ zu unterbinden.

Schlussfolgerung

Der irische Präsident Michael D. Higgins sagte einmal, dass er sich eine Welt wünsche, in der der Fantasie keine Grenzen gesetzt sind. Lassen Sie uns seinen Traum verwirklichen, und zwar durch eine Digitale Agenda für Europa, die der kulturellen Vielfalt, hochwertigen Arbeitsplätzen und der Schaffung von Bedingungen verpflichtet ist, die es Kunstschaffenden ermöglichen, ihre Fantasie „ohne Grenzen“ zu entfalten.

Carole Tongue

Vorsitzende der EU-Koalitionen für kulturelle Vielfalt

Tragen Sie zur Verwirklichung des „KARLSWEGS“ bei!

Santiago de Compostela kennen Sie natürlich!

Der nach ihm benannte Kulturweg ist mit Sicherheit der bekannteste der insgesamt 29 vom Europarat zertifizierten Kulturwege.

1987 wurde beschlossen, ein Programm zu schaffen, um das gemeinsame Erbe Europas in seiner historischen, kulturellen und bildenden Dimension zu erschließen und für den Fremdenverkehr nutzbar zu machen. Grundlage für die Ausweisung von Kulturwegen sind beispielsweise berühmte Persönlichkeiten (z. B. Mozart), Pilgerrouen (Santiago de Compostela, Sankt Martin usw.) und Erscheinungen aus der Natur (z. B. der Ölbaum, der Weinberg, Parks und Gärten).

Mit zahlreichen Freunden aus der Europäischen Bewegung Frankreichs, Deutschlands, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlanden, Spaniens und Italiens haben wir (ausgehend von der Arbeit von Noël ORSAT) beschlossen, einen Antrag auf Zertifizierung des „Karlswegs“ („via Charlemagne“) zu erarbeiten.

Der Karlsweg erfüllt die Kriterien des Europarats ohne Weiteres:

- In kultureller Hinsicht sollen das Mobiliar und die Gegenstände hervorgehoben werden, die Karl dem Großen gehört haben, wie sein Thron, der in Aachen steht, sein in Reims aufbewahrter Talisman, Hunderte von Plastiken, Buntglasfenstern und anderen dekorativen Elementen, die aus mehreren Jahrhunderten stammen, sowie zahlreiche Legenden wie das Rolandslied, die insbesondere im Mittelalter entstanden sind.
- In pädagogischer Hinsicht werden abgesehen davon, dass zahlreiche Schulen nach Karl dem Großen benannt sind, im Rahmen des Projekts verschiedene Themen vorgeschlagen, anhand derer sich Parallelen zwischen dem politischen Projekt Karls des Großen vor 12 Jahrhunderten, seinem Verhältnis zur Religion, seinen Abkommen mit den Moslems und seiner Bildungsreform aufzeigen lassen. Im Rahmen des Projekts sind auch Austauschaktivitäten für junge Europäer denkbar, um den Fremdspracherwerb ausgehend von der gemeinsamen Geschichte zu fördern.
- In touristischer Hinsicht ermöglicht es der Karlsweg, zahlreiche Kulturgüter, insbesondere entlang der Strecke von Hamburg nach Barcelona, zu entdecken. Es besteht außerdem die Möglichkeit, verschiedenen Darbietungen (z. B. Marionettentheateraufführungen) beizuwohnen und regionale, nach „Karl dem Großen“ benannte Produkte zu verkosten.

Die Erarbeitung des Antrags auf Zertifizierung durch den Europarat (in ein oder zwei Jahren) und die anschließende Belebung des Karlswegs sind ein vergnügliches und grundlegendes Abenteuer:

Vergnüglich, weil es angenehm ist, jeden Monat die Unterstützung zahlreicher unterschiedlichster Personen und Organisationen zu gewinnen, die sich an dieser schönen Unternehmung beteiligen wollen;

grundlegend, weil der Karlsweg unser Europa in inhaltlicher Hinsicht bereichert, indem er den Reichtum und die Vielfalt unserer gemeinsamen Geschichte aufzeigt.

Am 28. Januar wurden wir von Martin SCHULZ, Präsident des Europäischen Parlaments, empfangen, der zugesagt hat, die Schirmherrschaft über das Projekt zu übernehmen. Wir besitzen außerdem die Unterstützung von zahlreichen ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Mitgliedern des Europäischen Parlaments, nationalen Parlamenten, Bürgermeistern, Präsidenten von Regionalräten, Vorsitzenden verschiedener Vereinigungen und prominenten Historikern.

Lieber Leser, sehr geehrtes ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments, ich lade Sie hiermit herzlich ein, sich uns anzuschließen. Durch Ihre moralische Unterstützung und mit Ihrer praktischen oder intellektuellen Hilfe können Sie zur Verwirklichung des Karlswegs beitragen.

Ich freue mich auf Ihre E-Mails mit Ihren Kommentaren und Ihren Vorschlägen:
jeanmariebeaupuy.europe@sfr.fr

Jean Marie BEAUPUY

Ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments 2004-2009

Präsident der Europäischen Bewegung Marne (M.E.M.) - Mitglied des Verwaltungsrats der Europäische Bewegung International (M.E.I.)

Meinungs- und Medienfreiheit

Es ist mir eine große Ehre, als neuer Vorsitzender des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres einen Beitrag für die Zeitschrift des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments verfassen zu dürfen. Die Redaktionsleitung hat mich gebeten, unsere Sicht auf den Pluralismus in den Medien darzulegen, also auf einen unserer zahlreichen Zuständigkeitsbereiche.

Das Europäische Parlament engagiert sich unverändert dafür, dass in Europa hohe Standards in Bezug auf die Freiheit der Meinungsäußerung und den Pluralismus der Medien gewahrt werden. In der vorangegangenen Wahlperiode waren in einigen Mitgliedstaaten besorgniserregende Entwicklungen zu verzeichnen, durch die die Unabhängigkeit der Medien durchaus in Frage gestellt wurde. Darauf haben die MdEP mit Entschlüssen reagiert, in denen der Schutz der Medienfreiheit gefordert wird und wichtige Bereiche benannt werden, in denen Verbesserungen notwendig sind. Dies betrifft beispielsweise die Zusammenarbeit zwischen den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, wenn es darum geht, die Auswirkungen von Mediengesetzen zu ermitteln, einen Journalismus, der seinem Berufsethos gerecht wird, zu fördern und den Zugang der Bürger zu freien und vielfältigen Medien zu erleichtern.

In einer Studie, die unlängst von der Kommission bei dem Zentrum für Pluralismus und Freiheit der Medien im Europäischen Hochschulinstitut in Auftrag gegeben wurde, wurde auf die Hindernisse hingewiesen, die es zu überwinden gilt. Genannt wurden der territoriale und kulturelle Pluralismus in den Medien in Estland, Griechenland und Ungarn, was die Vertretung von Minderheiten anbelangt. Darüber hinaus wurden der politische Pluralismus und der Pluralismus der Medienarten als Problem in Griechenland und Italien bezeichnet. Mit Blick auf das Vereinigte Königreich wurde im Zuge der Leveson-Untersuchung auch auf erhebliche Probleme mit dem Berufsethos im britischen Journalismus hingewiesen. Überdies hat der Überfall auf Charlie Hebdo allen deutlich vor Augen geführt, dass auch in Europa radikale Strömungen in besorgniserregender Weise immer stärker vertreten sind und der Freiheit der Meinungsäußerung den Kampf angesagt haben. Diese Beispiele machen unmissverständlich klar, dass Europa heute in mehreren Bereichen seiner schwer erkämpften Freiheiten mehr denn je mit Bedrohungen beträchtlichen Ausmaßes konfrontiert ist und dass die EU unbedingt geeint auftreten und umfassend reagieren muss.

Die Meinungsfreiheit gehört zum Kern der Grundrechte, und das Europäische Parlament engagiert sich für Toleranz und die Achtung der Vielfalt in Europa. Eingedenk dessen wird sich der LIBE-Ausschuss auch künftig für den Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung und die Unabhängigkeit der Medien einsetzen – zwei Anliegen, die zu den Prioritäten des Ausschusses in der laufenden Wahlperiode des Europäischen Parlaments zählen. Im März 2015 habe ich gemeinsam mit Silvia Costa, der Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Bildung, eine Konferenz über Freiheit und Pluralismus der Medien in Europa ausgerichtet. Diese Veranstaltung war eine willkommene Gelegenheit für die MdEP, die Tätigkeiten der Beobachtungsstelle für Medienpluralismus zu prüfen, zumal sie die Organe der Europäischen Union dabei unterstützt, in den Mitgliedstaaten Fälle aufzudecken, in denen die Freiheit der Medien auf dem Spiel steht.

Der LIBE-Ausschuss hat sich in seinem Arbeitsprogramm für das laufende Jahr unter anderem vorgenommen, einen Bericht über einen EU-Rechtsrahmen gegen Hassreden und Blasphemie und für das Recht auf freie Meinungsäußerung auszuarbeiten. In diesem Bericht soll bewertet werden, in welchem Maße die geltenden einzelstaatlichen Rechtsvorschriften wirksam sind und welche Möglichkeiten bestehen, den geltenden EU-Rechtsrahmen im Hinblick darauf zu stärken, wie bei Hassreden in den Organen der EU verfahren werden kann. Dadurch dürften die MdEP wertvolle Einblicke bekommen, die ihnen beim Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung zugute kommen.

Als Vorsitzender des LIBE-Ausschusses werde ich mich auch künftig dafür einsetzen, den Dialog mit der Zivilgesellschaft stärker zu propagieren und ihn voranzubringen, damit die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten uneingeschränkt geachtet werden. Außerdem wird der Ausschuss seine enge Zusammenarbeit mit der Kommission, der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte und dem Zentrum für Freiheit und Pluralismus der Medien fortsetzen und damit an laufende Maßnahmen anknüpfen, die auf die Förderung der Transparenz und die Wahrung von Rechten abzielen.

Claude MORAES

Freie, unabhängige Medien – ein europäischer Exportartikel der besonderen Art

Seit 1994 wird auf Initiative der UNESCO und Beschluss der UN-Vollversammlung jährlich am 3. März der Internationale Tag der Pressefreiheit begangen, um „freie, pluralistische und unabhängige Medien (als) ein äusserst wichtiges Merkmal demokratischer Gesellschaften“ zu würdigen. Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, sagt das so: „Wir Europäer werden immer unsere Werte der Presse- und Meinungsfreiheit, der Toleranz und des gegenseitigen Respekts verteidigen.“ Das ist heute nötiger denn je, denn wir haben es mit einer neuen Dimension von furchterregenden, auch terroristischen Anschlägen auf die Medienfreiheit zu tun. Der blutige Überfall auf „Charlie Hebdo“, die via Video ausgestrahlten Enthauptungen journalistischer Geiseln durch den IS und die öffentlichen Stockschläge für einen kritischer Blogger in Saudi-Arabien sind Auswüchse eines zunehmenden Krieges der (Des-)Information und der Bilder, Lösegeldpressungen und Gefangenenaustausch inklusive.

In der Jahresbilanz der Pressefreiheit 2014 listet Reporter ohne Grenzen (ROG) eine Bilanz des Schreckens auf: zwar ist die Zahl derer, die ihr Leben verloren haben, nicht gestiegen, wohl aber die Zahl der entführten Journalisten um 37 (!) Prozent, während sich gleichzeitig die Zahl der vor Gewalt und Verfolgung ins Ausland geflohenen Journalisten verdoppelt hat. Am gefährlichsten ist es für Medienschaffende derzeit in Syrien, den Palästinensergebieten, der Ukraine, dem Irak und Libyen, wo die meisten Toten zu beklagen waren.

ROG wurde 1985 in Montpellier von vier französischen Journalisten gegründet, hat seinen Sitz in Paris und kann sich weltweit auf rund 130 Korrespondenten stützen, mit deren Hilfe seit 2002 jährlich zum 3. Mai eine Rangfolge der Pressefreiheit erstellt wird. Der Jahresetat liegt bei 4,8 Millionen Euro. Davon wird etwa die Hälfte selbst erwirtschaftet. Auch die EU oder der französische Staat beteiligen sich an der Finanzierung.

Die Europäische Union gilt vielen als Hort der Medienfreiheit, wenn auch nicht ohne Fehler. Das Negativbeispiel Ungarn hat sich eingebrannt, aber es gibt auch anderswo bedenkliche Tendenzen. Die Hälfte der EU-Länder finden sich im ROG-Ranking unter den ersten Zwanzig. Darüber dürfen wir uns gern freuen. Bei der zweiten Hälfte lässt die Strahlkraft deutlich nach. In Frankreich können Journalisten zwar frei von politischer Einflussnahme und Zensur arbeiten, aber sie unterliegen teilweise strengeren gesetzlichen Bestimmungen als andere Bürger. Zum Beispiel werden sie bei Verleumdung von Beamten härter bestraft, auch die Veröffentlichung der Finanzverhältnisse bestimmter Parlamentsabgeordneter ist mit Strafe bedroht. In Italien ist der Berlusconi-Einfluss stark geschmolzen, aber mächtige Interessengruppen aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft sowie die Mafia üben weiterhin Druck auf Journalisten aus. Bedenkliche Verbindungen zwischen Politik, Wirtschaft und Medien spielen auch in Kroatien eine Rolle, ebenso in Rumänien und Bulgarien, wo es ausserdem zu Gewaltandrohungen kam. In Ungarn hingegen nutzt die Regierung ihre Mehrheit schamlos aus, um Medien an die Kandarre zu nehmen. Hier sind Journalisten und Medienunternehmen von Strafe und Lizenzentzug bedroht, wenn sie „die menschliche Würde“ verletzen oder „nicht ausgewogen“ berichten. Was darunter zu verstehen ist, entscheidet eine von der Regierung besetzte Medienaufsichtsbehörde. Das fördert die Schere im Kopf. Von einheitlichen Qualitätsstandards, wie ein im Mai 2013 beschlossener Bericht des Europäischen Parlaments sie will, kann leider keine Rede sein.

Immerhin liefert die Europäische Union unabhängige Medien als Exportartikel in alle Welt. Mit CNN International und Al Jazeera konkurrieren BBC World, France 24 und neuerdings

auch die Deutsche Welle in Englisch und Arabisch, wobei BBC World mit einem Jahresetat von 439 Millionen Euro weitaus am besten ausgestattet ist, gefolgt von der Deutschen Welle mit 280 Millionen (plus einmalig 10,5 Millionen für die neue englischsprachige Ausweitung) und France 24 mit 100 Millionen Euro (in enger Zusammenarbeit mit TF 1 und France Televisions). BBC World Service und Deutsche Welle bieten ausserdem Radio in einigen Dutzend Sprachen, dem immer noch am weitesten verbreiteten Kommunikationsmittel.

Hinzu kommt der paneuropäische Nachrichtensender Euronews in derzeit dreizehn Sprachen, die mit EU-Geld subventioniert werden. Euronews verpflichtet sich dafür gegenüber der Kommission, europäische Interessen zu wahren. Gehalten wird der Sender mit einem Jahresetat von 73 Millionen Euro von Mitgliedern der Europäischen Rundfunkunion (EBU) in Genf. Auch ein russischer und ein ukrainischer Anbieter sind dabei. Der ukrainische wurde allerdings jüngst von einem Oligarchen aufgekauft. Aufsehenerregender war aber der Einkauf eines ägyptischen Milliardärs, der nun 53 Prozent der Euronews-Anteile hält, wobei Ägypten längst in der EBU vertreten ist. Welche Veränderungen das mit sich bringen wird, bleibt abzuwarten. Die Redaktion sitzt in Lyon und ist bisher nicht durch Willfährigkeit gegenüber autoritären bis diktatorischen Machthabern aufgefallen. „Wir müssen in die Inhalte unseres Senders, in die Programme und in die Marke Euronews investieren“, betont der Vorstandsvorsitzende Michael Peters. Er bereitet die Ausstrahlung einer panafrikanischen Euronews-Schwester „Africanews“ aus Kongo-Brazzaville vor, die weg soll vom „weissen Standpunkt“. Ein Kenianer soll den Sender leiten. Die Republik Kongo garantiere die Einhaltung der strengen Standards, die in Afrika leider nicht weit verbreitet sind, sagt Peters.

Alle professionellen Medienanbieter müssen zudem in die immer unverzichtbareren Internetauftritte und mobile Dienste investieren und sich in den sozialen Netzwerken präsentieren.

Karin Junker

Reporter ohne Grenzen ermittelt die Rangliste der Pressefreiheit jährlich vom 15. Oktober bis zum 14. Oktober des Folgejahres entsprechend der Kategorien Medienvielfalt, Unabhängigkeit der Medien, journalistisches Arbeitsumfeld und Selbstzensur, rechtliche Rahmenbedingungen, institutionelle Transparenz sowie Produktionsinfrastruktur. Ausserdem werden Übergriffe und Gewalttaten gegen Medienschaffende ermittelt, was die Rangfolge erheblich negativ beeinflussen kann.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Artikel 19

Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung. Dieses Recht schliesst die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

(UN-Generalversammlung vom 10. Dezember 1948)

„Freedom of Speech Award“ und andere Auszeichnungen

Das Global Media Forum (GMF) der deutschen Welle in Bonn vom 22. Bis 24. Juni befasst sich mit dem Thema „Medien und Aussenpolitik im digitalen Zeitalter“ und widmet sich daher im doppelten Sinn der Aktualität: der Aussenpolitik, welche die EU mit neuen Herausforderungen konfrontiert, und dem medialen Umgang damit in einer digitalen Medienlandschaft,

deren Wahrheitsgehalt nicht selten auf den Kopf gestellt wird. Unter russischer Regie arbeiten ganze Scharen von Agenturen und Zensoren daran, ihre Versionen zu verbreiten.

Auch die ukrainische Seite kontert gern. Da werden Bürgerjournalisten oder Blogger und die sozialen Netzwerke immer wichtiger, um ein unverfälschtes Bild zu zeichnen. Autoritäre und diktatorische Regime können das schlecht vertragen. Raif Badawi aus Saudi-Arabien ist einer, der das schmerzhaft zu spüren bekam: zehn Jahre Gefängnis, eine hohe Geldstrafe und 1000 Stockschläge lautete die unfassbar brutale Strafe. Das Global Media Forum ehrt ihn mit dem „Deutsche Welle Freedom of Speech Award“. Ausserdem werden BOB's (Best of the Blogs) an Internetaktivisten in vierzehn Sprachen vergeben.

Freie Meinungsäußerung und europäische Richter

Wie ist die freie Meinungsäußerung in Europa geschützt? Die Charta der Grundrechte (EuGH) und die Europäische Menschenrechtskonvention (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte/EGMR) ergänzen einander.

In Artikel 10 EMRK heißt es: „Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.“

In Artikel 11 der Grundrechtecharta der EU heißt es: „Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet“.

In der Charta von Nizza wurde also folgender Passus hinzugefügt: „Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet“. Mit diesem Passus werden zwei Aspekte betont.

Der erste betrifft den Wert des Pluralismus, der zu einem gemeinsamen europäischen Gut wird: also etwas, das über die verschiedenen einzelstaatlichen Rechtsordnungen hinaus supranationalen Schutz genießt. Der zweite Aspekt betrifft die Aufnahme einer objektiven Verpflichtung zum Schutz einer sozialen Institution, nämlich der Medien, eines „Grundpfeilers der Demokratie“, in einen Kontext, der vor allem die Persönlichkeitssphäre des Einzelnen betrifft.

In der Grundrechtecharta der EU sind also die Bedingungen für einen „erweiterten Schutz“ festgelegt, und die Rechtsprechung des Straßburger Gerichtshofs wird ergänzt. Dieser geht von der Annahme aus, dass die freie Meinungsäußerung einen wesentlichen Grundpfeiler der demokratischen Gesellschaft darstellt. Eine Freiheit, die stets gewährleistet sein muss, auch für Informationen, die beleidigend, verletzend oder störend sind. Wenn dem nämlich nicht so wäre, könnte die Presse nicht ihre unerlässliche Rolle des Wächters der öffentlichen Meinung ausüben. Fast eine Vorahnung von „Charlie“...

Der EGMR beleuchtet jedoch auch die Frage eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen der Informationsfreiheit und der Privatsphäre, die durch Art. 8 der Menschenrechtskonvention geschützt ist: „Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer

Wohnung und ihrer Korrespondenz“ (die Charta von Nizza präzisiert: „ihrer Kommunikation“). Den europäischen Gerichtshöfen ist sehr wohl klar, dass angesichts der technischen Fortschritte bei der Erfassung und Wiederverwendung personenbezogener Daten unbedingt eine größere Achtsamkeit hinsichtlich des Schutzes der Privatsphäre des Einzelnen geboten ist. Und dies gilt nicht nur für behördliche Eingriffe, sondern auch in den zwischenmenschlichen Beziehungen. Die Gerichtshöfe räumen jedoch ein, dass das Recht der Allgemeinheit auf Information, ein Grundrecht einer demokratischen Gesellschaft, auch Aspekte des Privatlebens berühren kann, insbesondere bei Persönlichkeiten aus der Politik. Es geht hier um ein vorsichtiges Abwägen, das ein bekannter Jurist so beschrieben hat: „Das öffentliche Interesse kann man niemals als ein Interesse verstehen, das sich mit dem Interesse der Öffentlichkeit deckt, welches sich häufig – auch wenn der Anstoß dazu nur von einer miserablen Presseberichterstattung ausgeht – als Ausfluss von Perversion erweist“. (Paolo Barile)

In der parallelen Rechtsprechung beider Gerichtshöfe gibt es also ein europäisches Modell der Informationsfreiheit, das Maßstab der demokratischen Identität der einzelnen Mitgliedstaaten ist.

Zu diesem Modell tragen auch die Regelungen bei, die in letzter Zeit in großer Zahl für den „benachbarten Bereich“ der elektronischen Kommunikation getroffen wurden. Hier stellt sich das Problem der „subversiven Natur“ des Internet und der dadurch bedingten Entstehung „rechtsfreier“ Räume, in denen eine präventive Kontrolle der Informationen immer schwieriger wird, da sie oft allein in der Möglichkeit besteht, gleich verlässliche Quellen gegeneinander abzugleichen. Die Aussage, das Problem der Vielfalt an Quellen werde künftig im Rahmen der Regelung des Rechts auf Zugang zu den Netzen entschieden, ist sicherlich durchaus begründet. Darum wird es in einem anderen Artikel dieses Focus gehen.

Andrea Manzella

Eine Verfassung für das Internet

In letzter Zeit hat sich das internationale Interesse wieder viel stärker auf die Frage der Rechte im Internet konzentriert; davon zeugen deutlich zwei Urteile des Gerichtshofs vom letzten Jahr: am 8. April war die Richtlinie über die Vorratsdatenspeicherung für unrechtmäßig erklärt worden, und am 13. Mai wurde das Recht auf Vergessenwerden anerkannt, wobei hervorgehoben wurde, dass „die Grundrechte aus den Art. 7 und 8 der Charta (...) grundsätzlich (...) gegenüber dem wirtschaftlichen Interesse des Suchmaschinenbetreibers (...) überwiegen“.

In diesem Zusammenhang hat der Präsident der italienischen Abgeordnetenkammer einen Ausschuss eingesetzt, der den Entwurf einer Bill of Rights für das Internet ausarbeiten soll. Dieser Entwurf, der im Oktober gebilligt wurde, war Gegenstand einer umfassenden Konsultation im Netz, und es fanden dazu zahlreiche parlamentarische Anhörungen sowie ein Meinungsaustausch mit einem Ad-hoc-Ausschuss der französischen Nationalversammlung statt. Auf der Grundlage der dabei gewonnenen Erkenntnisse wird der Text nun gründlich überarbeitet.

Dabei soll nicht nur die parlamentarische Debatte in Italien bereichert werden. Es soll eine internationale Diskussion angestoßen werden, bei der es nicht nur um ein nicht einfach zu realisierendes internationales Übereinkommen gehen soll, sondern bei der zahlreiche in den unterschiedlichen Rechtssystemen bereits im Entstehen begriffene Elemente herausgestellt werden sollen und eine Kultur verfestigt werden soll, die dem Zustandekommen einer gemeinsamen Bill of Rights für das Internet zuträglich ist.

Die italienische Erklärung unterscheidet sich von anderen möglichen Bill of Rights für das Internet dadurch, dass sie die einzige ist, die auf institutioneller Ebene ausgearbeitet wurde. Und sie ist durch eine grundsätzliche Entscheidung geprägt. So wird darin nicht eigens und detailliert auf die verschiedenen Grundsätze und Rechte Bezug genommen, die bereits in internationalen Dokumenten und einzelstaatlichen Verfassungen bekräftigt werden. Diese werden nur ganz allgemein als unerlässliche Bezugsquellen erwähnt. Bei der Abfassung der Erklärung wurde jedoch versucht, die typischen Grundsätze und Rechte des digitalen Bereichs zu ermitteln, wobei nicht nur auf deren Eigenheiten abgestellt, sondern auch darauf hingewiesen wurde, wie sie ganz allgemein zu einer Neudefinition der Rechte insgesamt beitragen.

Schlüsselbegriffe – zusammen mit den bekanntesten Begriffen, die sich auf den Schutz personenbezogener Daten und die informationelle Selbstbestimmung beziehen – sind dabei Zugriff, Neutralität, Unversehrtheit und Unverletzlichkeit von Computersystemen und Internetadressen, Schaffung einer digitalen Identität, Rechte und Garantien der Personen in den Plattformen, Anonymität und Vergessenwerden, Interoperabilität, Recht auf Wissen und Bildung oder Internet Governance. Selbstverständlich wird auch der Bedeutung der sicherheits- und marktrelevanten Erfordernisse Rechnung getragen. Dies erfordert jedoch die uneingeschränkte Achtung der Rechte und Freiheiten aufgrund klarer diesbezüglicher Hinweise in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und in den erwähnten Urteilen des Gerichtshofs.

So dürfen Sicherheitserfordernisse insbesondere nicht zum Entstehen einer Überwachungs- und Kontrollgesellschaft und zu sozialer Selektion führen. Den wirtschaftlichen Erfordernissen wird im Rahmen des Grundsatzes der Neutralität Rechnung getragen, der den kreativen Charakter des Internet gewährleistet, die Möglichkeiten zu Innovationen unberührt lässt und verhindert, dass die mächtigsten Akteure Bedingungen für eine Ausgrenzung möglicher Konkurrenten schaffen. Außerdem müssen die im Internet vertretenen Plattformen, wenn sie für das Leben und Wirken der Menschen wesentliche öffentliche Dienstleistungen erbringen, dafür Sorge tragen, dass die Voraussetzungen für eine angemessene Interoperabilität unter Wahrung des Wettbewerbsprinzips und des Grundsatzes der vertraglichen Gleichbehandlung gegeben sind.

Ferner ist hervorzuheben, dass der Zugang zum Internet als Grundrecht der Person (Tim Berners-Lee hat ihn mit dem Zugang zu Wasser verglichen) betrachtet werden muss, also als wesentliche Garantie nicht nur gegen jegliche Art von Zensur, sondern auch gegen indirekte Einschränkungen.

All diese anerkannten Rechte dienen nicht der Gewährleistung einer generellen Netzfreiheit, sondern damit soll speziell die Abhängigkeit des Einzelnen von äußeren Faktoren und die Vorenthaltung des Rechts auf freie Gestaltung der Netzpersönlichkeit und -identität verhindert werden, wozu es bei zu häufiger Verwendung von Algorithmen und stochastischen Methoden kommen könnte. Bei der autonomen Verfügung über die personenbezogenen Daten müssen also auch neue Rechte berücksichtigt werden wie etwa auf „not to be tracked“ und „to keep silent the chip“. Dieser Aspekt muss noch besonders vertieft werden, denn es entsteht gerade eine durch und durch vernetzte Gesellschaft, mit einem Übergang vom „Internet der Dinge“ zu etwas, das manch einer schon als „Internet von Allem“ definiert, das eine Digitalisierung des Alltagslebens bedingt, die die Menschen und ihre Körper verwandeln kann. Die Menschen dürfen nicht auf Objekte reduziert werden, die von externen Mächten abhängen, sie müssen vielmehr die Herrschaft über ihre digitale Existenz zurückerhalten. Die Identität ist die entscheidende Frage, sie betrifft das Recht auf die freie Gestaltung der Netzpersönlichkeit. Diesbezüglich ist das Problem der Urheberrechte zu klären, wobei zu bedenken ist, dass das im Internet vorhandene Wissen sich auch als ein gemeinsames Gut darstellt, das den Charakter eines globalen Allgemeinguts annehmen kann.

Die Erklärung ist ziemlich weit gefasst. Unstrittig erscheint, dass eine Verfassungspolitik für das Internet ausgearbeitet werden muss, die jedoch nicht von Regeln bestimmt werden darf, die von privaten Akteuren ohne demokratische Legitimierung aufgestellt wurden, wie etwa den im Internet operierenden „Over the Top“. Eine Bill of Rights für das Internet ist eben gerade dazu gedacht, auf andere Art und Weise als früher die unerlässlichen verfassungsrechtlichen Regeln aufzustellen, damit das Internet seinen Charakter als Ort der Freiheit und der Demokratie und als größter öffentlicher Raum behält, den die Menschheit je erlebt hat.

Stefano Rodotà

Meinungs- und Medienfreiheit in der EU

Zwischen den Medien und den Regierenden herrscht immer eine gewisse Spannung – oder so sollte es jedenfalls sein. Sie brauchen einander und verfolgen letztendlich doch ganz unterschiedliche Interessen.

In Brüssel sind mehr als 900 akkreditierte Korrespondenten tätig, also nicht mehr ganz so viele wie zum Höhepunkt der Krise des Euroraums. Brüssel ist zwar der Sitz der Organe der Europäischen Union, allerdings nicht mit einer Hauptstadt wie London vergleichbar, wo über 1700 ausländische Korrespondenten tätig sind.

Auch ist die Atmosphäre in Brüssel nicht mit der Journalismuskultur in Washington vergleichbar. In der Hauptstadt der USA wird man oft gefragt, ob man mit der Regierung, mit den Republikanern oder mit den Demokraten sympathisiere. In Brüssel hingegen sind mir nur selten Spekulationen darüber zu Ohren gekommen, welcher der Parteien im Europäischen Parlament ein Journalist wohl nahestehen könnte. Vielmehr stellt sich die Frage, ob einzelne Journalisten pro- oder antieuropäisch berichten. In dieser Hinsicht ist die Berichterstattung über die EU anders als jene in anderen Hauptstädten.

Ist man kritisch, läuft man Gefahr, als EU-Skeptiker oder Populist abgestempelt zu werden, doch meine Erfahrung zeigt, dass nicht einmal Querköpfen und der EU feindlich gesinnten Journalisten die kalte Schulter gezeigt wird oder diese Kollegen ausgegrenzt werden.

Am empfindlichsten war die EU während der Krise des Euroraums. Und warum? Weil die Zukunft der EU auf dem Spiel stand! Damals wettete Kommissionspräsident José Manuel Barroso gegen den „intellektuellen Glanz des Pessimismus“ und meinte damit ganz eindeutig die Schreiberlinge aus dem Vereinigten Königreich. Einige glaubten sogar an eine Verschwörung gegen die EU, aber diese Zeiten sind vorbei. So frustriert die EU-Beamten auch waren, so haben sie doch niemals versucht, die Presse zum Schweigen zu bringen.

Unter Jean-Claude Juncker, dem immer noch relativ neuen Präsidenten der Kommission, hat sich die EU nun der Presse stärker geöffnet. Immer mittwochs treten im Pressesaal mehrere Kommissionsmitglieder vor die Presse und können direkt befragt werden. Reporter aus dem Vereinigten Königreich sind an starke Gegensätze in der Politik gewöhnt, und kontinentaleuropäische Politiker erwarten von ihnen geradezu, dass sie aggressive Fragen stellen. Kollegen aus anderen Ländern zeigen da zwar mehr Respekt, aber trotzdem wurde Juncker intensiv zu dem Thema Steuervorbescheide in Luxemburg befragt.

Das tägliche Presse-Briefing birgt nur selten Überraschungen. Es dient einzig und allen dazu, den Anschein zu erwecken, die EU habe eine Regierung. Übrigens stammten während der Krise des Euroraums die meisten der durchgesteckten Unterlagen von Beamten der Kommission.

Manch einer sagt zudem, Journalisten hätten vergleichsweise geringe Mittel – verglichen mit dem Budget, das der EU für Veröffentlichungen und Eigenwerbung zur Verfügung steht. Dafür gibt sie pro Jahr nämlich über 2 Milliarden Euro aus. Das ist höchst kontrovers, zumal in der EU inzwischen eine ganze Reihe von Parteien die Macht Brüssels in Frage stellt. Für Enthüllungsjournalisten, die sich der Berichterstattung darüber verschrieben haben, wohin und durch welche Hände das Geld fließt, stellt das eine ständige Herausforderung dar.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist einer der zentralen europäischen Werte. Doch wie es genau ausgelegt wird, ist von Land zu Land anders. Staatlich finanzierte Radio- und Fernsehsender sind dem Druck der Regierung häufig schutzlos ausgeliefert. In Spanien haben sich TVE-Journalisten darüber beschwert, es gebe so eine Art Parallelredaktion jener Kollegen, die der Regierung mit größerer Sympathie gegenüberstehen. Staatlichen Sendern werden auch gern die Mittel gekürzt.

In Italien steht oft die Frage im Raum, ob die RAI von Politikern kontrolliert wird. Werden die Leiter der Nachrichtenredaktionen nur dank ihrer politischen Verbindungen benannt? In der Berlusconi-Ära wurde kritisiert, dass der Premierminister nicht nur seinen Konzern Mediaset mit drei landesweiten Fernsehsendern kontrollierte, sondern auch noch erheblichen Einfluss auf die RAI ausübte.

Das Verhältnis staatlich finanzierter Sender zu den Regierenden ist nie ganz einfach. Im Vereinigten Königreich gibt es oft Streit zwischen der BBC und der jeweiligen Regierung, aber alle Parteien wissen, dass die Öffentlichkeit stets für die Unabhängigkeit der BBC eintritt.

In Europa kann die EU als Verteidigerin der Pressefreiheit agieren. 2011 war in Ungarn ein Mediengesetz vorgeschlagen worden, in dem vorgesehen war, dass hohe Geldstrafen gegen Journalisten verhängt werden können, falls ihre Berichterstattung als unausgewogen eingestuft würde. Die Kommission leitete Ermittlungen ein, und das Gesetz wurde so geändert, dass die EU-Rechtsvorschriften nun gewahrt bleiben.

Von Land zu Land herrschen andere Gepflogenheiten und Methoden, was die Kontrolle angeht. So bestehen deutsche Politiker oft darauf, Interviews vor dem Abdruck zu genehmigen. Doch der tägliche Blick in „Le Monde“, „Le Figaro“, den „Spiegel“ oder „La Repubblica“ zeigt deutlich, dass nach wie vor journalistische Unabhängigkeit herrscht.

Die eigentliche Frage ist die, ob den führenden Politikern und den Organen der EU zu viel Respekt entgegengebracht wird. Es ist und bleibt eine Herausforderung, die Regierenden immer wieder zur Rechenschaft zu ziehen.

Gavin Hewitt
EU-Chefkorrespondent der BBC

Von Baroness Nicholson in Izmir, Türkei, gehaltene Grundsatzrede zum Thema „Radikalisierung und Rassismus“

Zwei bedeutende Universitäten in Izmir, Dokuz Eylul und Yaşar, haben sich zusammengetan, um den Europatag 2015 mit einer vom ehemaligen Mitglied des Europäischen Parlaments, Emma Baroness Nicholson of Winterbourne, gehaltenen Grundsatzrede zu begehen. Die Tagesveranstaltungen wurden von zwei herausragenden Wissenschaftlern, Professor Dr. Aylin Guney, Dekan der Fakultät für internationale Studien an der Yaşar-Universität, und Professor Dr. Canan Balkir, Inhaber des Jean Monnet-Lehrstuhls für europäische Wirtschaftsintegration und des Lehrstuhls für Europastudien an der Dokuz-Eylul-Universität, organisiert. An der sich anschließenden interessanten Diskussion nahm auch Professor Angelo Santiagostino, Inhaber eines Ad-Personam-Lehrstuhls für europäische Wirtschaftsintegration an der Yildirim-Beyazit-Universität, teil. Das Thema des Tages lautet „Radikalisierung in Europa: Religion und Rassismus“. Baroness Nicholson konzentrierte sich auf das Thema Rechtsstaatlichkeit und nahm in diesem Zusammenhang auf den 800. Jahrestag der weltweit berühmt gewordenen Magna Carta und ihres „Schwesterdokuments“, der Charter of the Forest, Bezug. Sie wies darauf hin, dass die US-amerikanische Verfassung und die modernen Menschenrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen unmittelbar auf die mächtige Demokratiebewegung zurückgehen, die in den ursprünglich als ein Dokument angesehenen Zwillingschartas zum Ausdruck kommt. Es werden darin die Rechte von Frauen als Witwen, Erben und Eltern genau festgelegt und sogar Kinder erwähnt.

Für die damalige Zeit, als Könige beinahe allein herrschten, ist die unglaubliche Modernität der Zwillingschartas aus heutiger europäischer Sicht erstaunlich, ihre Forderungen müssen als rühmlich und mutig bezeichnet werden. Ungeachtet dessen waren sie erfolgreich; sie erhielten das dunkelrote Siegel und die Unterschrift des Königs, und alle Artikel der beiden Chartas wurden Gewohnheitsrecht, das für alle galt.

Radikalismus in Kombination mit gezieltem Rassismus stellt eine Abwendung vom Gewohnheitsrecht dar: Er schafft sein eigenes, häufig verderbliches Regelwerk, zu dessen Befolgung sich seine Anhänger verpflichten. Die grundlegenden Prinzipien der Gerechtigkeit, der Toleranz und der Achtung des anderen in seiner Andersartigkeit werden verworfen, und an ihre Stelle treten Gewalt, tödliche Bestrafungen und eine Einteilung der Bevölkerung in verschiedene Gruppen nach Glauben, Herkunft, körperlichem Zustand oder anderen diskriminierenden Kennzeichnungen. Dies hat katastrophale Folgen: Millionen sind von Ausgrenzung und lebenslangem Elend bedroht und leben in der ständigen berechtigten Furcht vor einer Hinrichtung im Schnellverfahren.

Zweimal hat Europa im Laufe des 20. Jahrhunderts eine solche Ultra-Radikalisierung mit ihren entsetzlichen Folgen erlebt. Gegenwärtig bekommt der Nahe Osten die Schrecken einer gewaltsamen Radikalisierung in Gestalt des IS zu spüren. Europa, der EU und dem Europarat ist es dagegen im Großen und Ganzen gelungen, das der menschlichen Natur innewohnende radikale Element auf unserm Kontinent zu zähmen und in eine kreative, fruchtbare Zusammenarbeit zugunsten der Menschen zu verwandeln.

Das vergangene Jahrhundert mit seinen Kriegen ist ein für alle Mal vorbei, und sein Ausgang steht fest. Die Stabilität unseres von Rechtsstaatlichkeit geprägten Daseins sieht sich nun mit neuen Bedrohungen konfrontiert. Ein gewaltsamer Dschihadismus in seinen verschiedenen Ausprägungen ist darauf aus, unsere europäischen Werte im weiteren Sinne zu zerstören:

Demokratie, die Grundfreiheiten, den Kampf gegen Korruption und unseren gemeinschaftlichen Besitzstand, der unsere Bürger und unsere Institutionen zusammenhält.

Die Kultur und Geschichte von Izmir, einer der berühmtesten antiken Handelsstädte, ist von aktiver Toleranz geprägt. In der Gegend, in der Homer lebte, wo der Weg, der in Urla eine kleine Landenge überquert, seinerzeit von Alexander dem Großen instandgesetzt wurde, wurde vor kurzem die älteste Olivenölfabrik der Welt freigelegt: Ihr Alter wird auf 8 000 Jahre geschätzt, und ihre nachgebildeten Instrumente und Geräte sind voll funktionsfähig. Ein interessantes Beispiel für das moderne Izmir ist das Dokuz Eylul Izmir Biomedicine and Genome Centre. Partnerschaft, Zusammenarbeit, Einfallsreichtum und das Gewohnheitsrecht, die uns alle verbinden, werden, wie es sich in Izmir, London, Straßburg und Brüssel zeigt, den Terror eines pervertierten Rassismus, falscher Überzeugungen und einer verzerrenden Radikalisierung überwinden.

Die Europäische Union und ihre Nachbarländer im Mittelmeerraum: neue und alte Demokratien

Zu Beginn möchte ich Catania meine Hochachtung aussprechen, dem Zentrum der Tragödie im Mittelmeerraum, deren Zeuge wir Tag für Tag werden. Die sizilianische Bevölkerung und das italienische Volk handeln entsprechend den Werten, auf denen die Europäische Union beruht, während die Mehrheit der Mitgliedstaaten noch zögert.

Ich möchte in diesem Zusammenhang eine Definition des Begriffs Demokratie anführen: „Die Verfassung, nach der wir leben, vergleicht sich mit keiner der fremden; [...] Mit Namen heißt sie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf eine größere Zahl gestellt ist, Volksherrschaft.“ Die Rede, aus der dieses Zitat stammt, wurde vor 2 500 Jahren von Perikles gehalten.

Seine Definition ist immer noch aktuell. Allerdings war Demokratie seit Perikles' Zeit keineswegs die vorherrschende Herrschaftsform. Es gab eine Vielzahl demokratischer Experimente, aber Imperien und Diktaturen überwogen im Mittelmeerraum. Nach 1945 waren die demokratischsten Orte im Mittelmeerraum die britischen Kolonien.

Das europäische Projekt wurde am 9. Mai 1950 von Robert Schuman verkündet und fünf Jahre später auf der Konferenz von Messina bekräftigt. Sein übergeordnetes Ziel war nicht ausschließlich wirtschaftlicher Natur, sondern bestand darin, die Geschichte mörderischer Kriege zu beenden, in denen stets um politische Vorherrschaft gekämpft wurde. Der Grundpfeiler der Europäischen Union, der gemeinsame Glaube an die Demokratie, wurde erst mit dem Vertrag von Lissabon vertraglich festgeschrieben.

Die Europäische Union ist ein Prozess, im Rahmen dessen ehemalige Feinde zusammenarbeiten, um Frieden zu schaffen und zu sichern. Ihre wirksamste Waffe bestand darin, im Rahmen des Projekts zur Schaffung einer europäischen Föderation gemeinsame Werte zu definieren und nach und nach gemeinsame Institutionen aufzubauen.

Was die Demokratie angeht, besitzen wir alle noch wenig Erfahrung. Selbst die Französische Revolution hat sich erst vor etwas mehr als 200 Jahren abgespielt. Ein griechischer Staatsbürger, der Perikles Rede zitierte, riskierte unter dem Regime der Obristen inhaftiert zu werden.

Ich möchte jedoch auch über die Länder jenseits unserer Küstenlinie sprechen; Länder, die so unterschiedlich sind wie die Türkei, Israel und Marokko, sowie über die unterschiedliche Entwicklung der Pioniere des arabischen Frühlings, Tunesien und Ägypten. Frieden ist ein drängendes Anliegen in der gesamten Region, insbesondere im Nahen Osten mit Israel und Palästina, dem Krieg in Syrien, dem Irak und dem „schwarzen Loch“ Libyen.

Die Mehrheit der Menschen dort unterstützt nicht das verrückte Experiment eines Kalifats mit moderner Kriegsführung und moderner Technologie, sondern strebt nach Demokratie. Diese Modernisierung der arabischen Welt sieht sich im Wesentlichen mit drei Herausforderungen konfrontiert: einem Mangel an Freiheit, einer unzureichenden Teilhabe von Frauen und fehlendem Wissen.

Heutzutage ist es weder möglich, eiserne Vorhänge zu errichten, um eine Durchsetzung der Gehirne mit demokratischem Gedankengut zu verhindern, noch kann Demokratie durch eine Invasion und mit Gewalt eingeführt werden. Demokratie setzt in jeder Gesellschaft einen Reifungsprozess voraus.

Die einzige multilaterale Partnerschaft ist bislang die Union für den Mittelmeerraum, der die 28 Mitgliedstaaten der EU und 15 Partnerländer aus Nordafrika, dem Nahen Osten und Südosteuropa angehören. Sie hat zum Ziel, über „drei Körbe“ (Politische Partnerschaft und Sicherheitspartnerschaft, Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft und Partnerschaft im kulturellen und sozialen Bereich) in der gesamten Region Stabilität und Wohlstand zu fördern. Ob sie so erfolgreich wie der Helsinki-Prozess während des Kalten Krieges sein wird?

Gegenwärtig durchleben wir angesichts der wiederkehrenden und nicht hinnehmbaren Tragödien im Mittelmeerraum, die eine unverzügliche Reaktion erfordern, eine in humanitärer und politischer Hinsicht schwierige Zeit. Die Krise und das Erstarken populistischer Parteien erschweren sämtliche Diskussionen und Maßnahmen zusätzlich. Wir müssen auf den Leitlinien, die auf der Sitzung des Europäischen Rates vom 23. April beschlossen wurden, und der künftigen Agenda der Kommission aufbauen: einer Verpflichtung zur Solidarität, einer pragmatischen Agenda mit mehr Inhalten und einer langfristigen Perspektive, um so die Diskussion über Migration und die demokratische Zukunft der Union zu fördern.

Enrique Barón Crespo

Universität von Catania

9. Mai 2015

VORTRÄGE IN LJUBLJANA

Es ist nicht einfach, von Schottland nach Ljubljana zu kommen. Ich bin am 13. Mai früh aufgestanden und habe um 6.30 Uhr einen Flug von Glasgow nach London Stansted genommen. Dort musste ich fünf langweilige Stunden auf meinen Anschlussflug nach Ljubljana warten. Das Warten hat sich jedoch gelohnt. Ljubljana ist eine großartige Stadt und reich an Geschichte und Kultur. Sie ist 5 000 Jahre alt und war in der römischen Zeit Sitz einer bedeutenden militärischen Festung.

Nach einem angenehmen Abend, an dem ich durch die engen, mit Kopfstein gepflasterten Straßen und über die wunderschönen Plätze der Altstadt geschlendert bin, habe ich die Nacht in dem komfortablen Hotel Pri Mraku verbracht. Dort wurde ich am Morgen des 14. Mai von Špela Šinigoj, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Ljubljana, abgeholt. Ich war eingeladen worden, an dieser Universität im Namen des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) über Menschenrechte zu sprechen. Nach unserem Spaziergang zur Fakultät für Geisteswissenschaften wurde ich der charmanten und gebildeten Professorin Ksenija Vidmar-Horvat vorgestellt, die meinen Besuch organisiert hatte. Mein erster Vortrag, in dem ich auf die Auswirkungen von Sparmaßnahmen auf die Menschenrechte in der EU einging, war sehr gut besucht. Der Saal war mit über 40 Studierenden

mehr als voll. Ein halbes Dutzend weitere Personen saß auf Stühlen im Gang und hoffte, meinen Vortrag durch die geöffnete Tür verfolgen zu können.

Nach dem Mittagessen traf ich mich mit Lynn Hunt, Professorin für moderne europäische Geschichte an der UCLA, zu einem Seminar über Menschenrechte, das von Frau Prof. Vidmar-Horvat geleitet wurde. Lynn Hunts Buch *Inventing Human Rights* [Menschenrechte erfinden] von 2007 ist vor Kurzem auf Slowenisch erschienen, und sie sprach wortgewandt über die Ursprünge der „Droits de l’Homme“ im Frankreich des 18. Jahrhunderts und darüber, wie sich diese auf die heutigen universellen Menschenrechte ausgewirkt haben.

Am Freitag, den 15.5., regnete es sehr stark in Ljubljana, als wir morgens zur Fakultät für Geisteswissenschaften aufbrechen wollten. Mein Vortrag an diesem Morgen hatte die Verschlechterung der Menschenrechte in Iran und im Irak zum Gegenstand. Mein Vortrag stützte sich auf mein neues Buch *SELF-SACRIFICE – Life with the Iranian Mojahedin* [SELBSTAUFOPFERUNG – Leben mit der Mudschaheddin im Iran]. Das Buch handelt von den Jahren, in denen ich mit der Volksmudschaheddin von Iran verbunden war, und von ihrem Kampf, für die geplagten Bürger Iraks Frieden und Demokratie wiederherzustellen. Ich war fünf Jahre lang, von 2009 bis 2014, Vorsitzender der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Irak und bin häufig nach Bagdad und Erbil und in viele andere Gebiete des Nahen Ostens gereist. Dabei konnte ich mir selbst ein Bild von der fürchterlichen Korruption und den extremen Verstößen gegen die Menschenrechte machen, die seit der rechtswidrigen Invasion des Irak durch den Westen begangen werden.

Ich habe in meinem Vortrag gesagt, dass die Welt einen hohen Preis für Obamas verzweifelte Versuche, eine Einigung über das iranische Atomprogramm zu erzielen, zahlen muss. Die Mullahs lassen sich in ihrem Bestreben, den Nahen Osten zu beherrschen, durch nichts davon abhalten, eine Atomwaffe zu entwickeln. Sie haben das Nachbarland Irak schon fast vereinnahmt, und Teheran versorgt derzeit die Hisbollah im Libanon, die Hamas in Palästina, Baschar al-Assad in Syrien und die Huthi-Rebellen im Jemen mit Geld und Waffen. Sie exportieren den Terrorismus, und der Westen sollte daher keine Abkommen mit ihnen schließen.

Nach meinem Vortrag habe ich gemeinsam mit Frau Prof. Vidmar-Horvat, Frau Prof. Hunt und Frau Šinigoj zu Mittag gegessen. Nachdem wir uns verabschiedet haben, bin ich zum Flughafen gefahren, um meinen Rückflug über Stansted nach Glasgow anzutreten.

Struan Stevenson

SRezension

Andrew Duffs unermüdliches Engagement für eine Vertiefung und Demokratisierung Europas ist trotz der jüngsten Ereignisse ungebrochen. Seine aktuelle Veröffentlichung („How to Change the European Union“) ist ein Zeugnis seines Vertrauens in den Prozess der europäischen Integration.

Oder etwa nicht? Eigentlich ist er eher skeptisch im Hinblick darauf, was ohne eine Änderung der Verträge erreicht werden kann. Für ihn können weder die langwierige Reform und Weiterentwicklung bestehender EU-Maßnahmen und Rechtsvorschriften noch die Überarbeitung der Arbeitsmethoden und Verfahren, die die Organe in Kürze mit der Neuverhandlung interinstitutioneller Vereinbarungen angehen werden, etwas erreichen. Selbst

die Innovation des Spitzenkandidaten schafft es nicht. Eine Vertragsänderung, so argumentiert er, muss her, und zwar bald, ungeachtet der dabei auftretenden Schwierigkeiten.

Die Risiken leugnet er nicht. Er gibt gerne zu, dass eine generelle Überarbeitung der Verträge ein komplexes und vielleicht unpopuläres Unterfangen sei, das eher nicht angegangen werden sollte, wenn es keine reelle Chance auf Erfolg gibt. Allerdings fehle es Europa noch immer an einem soliden verfassungsmäßigen Rahmen und an einer angemessenen Regierung, wenn es überleben und wachsen möchte, so Andrew.

Er schreibt sehr eloquent. Die Darstellung der jüngsten Entwicklungen in der EU, angefangen beim Verfassungskonvent von 2002-3 bis hin zu den Maßnahmen, die als Reaktion auf die Finanzkrise ergriffen wurden, ist sehr aufschlussreich. Er veranschaulicht, welchen Einfluss der Vertrag von Lissabon und die EU-Erweiterung auf jedes einzelne Organ hatten. Er widerlegt einige revisionistische Darstellungen der Ereignisse und schließlich verordnet er ein ambitioniertes weiteres Vorgehen.

Er zögert nicht, lautstark für eine Stärkung der föderalen Dimension der Union zu plädieren, was sich sonst nur wenige (vor allem Briten) trauen. Er verweist auf Ideen im Verfassungsvertrag, im „Penelope“-Dokument der Kommission von 2002, im Vorschlag der „Spinelli-Gruppe“ der MdEP für ein „Grundgesetz“ und natürlich auf mehrere eigene Ideen, die er in einer fesselnden Geschichte präsentiert.

Viele Leser werden sich allerdings immer noch fragen, ob es der richtige Zeitpunkt ist, um eine umfassende Überarbeitung der Verträge in Angriff zu nehmen, was selbstverständlich die einstimmige Zustimmung aller Regierungen erfordere und von jedem einzelnen Mitgliedstaat ratifiziert werden müsse. Seit dem Vertrag von Lissabon sind die Verträge flexibel und auf eine stärkere Rechenschaftspflicht ausgelegt. Die Dinge, die auf der Grundlage der bestehenden Verträge nicht unternommen werden können, sind die Dinge, zu denen es derzeit sowieso keinen Konsens gibt, wie z.B. die vollständige Vergemeinschaftung der Schulden, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit zu Steuerfragen und zur Außenpolitik oder dass die Vertragsüberarbeitung an sich keiner Einstimmigkeit mehr bedürfen sollte bzw. dass es europaweite Referenden geben sollte, wofür sich Andrew ausspricht. Seine These, dass das Euro-Währungsgebiet die „Kerngruppe“ für die weitere Integration sein sollte, ist außerhalb nichtwirtschaftlicher Bereiche kaum vorstellbar (z.B. haben einige der Mitglieder Schengen nicht unterzeichnet und einige sind in Bezug auf sicherheits- oder verteidigungspolitische Fragen kaum als „avant-garde“ zu bezeichnen).

Doch jeder, der an dem Thema „EU-Reform“ interessiert ist und die Klischees, die in einer Debatte darüber häufig aufkommen, nicht mehr hören kann, wird dieses Büchlein als erfrischend und aufschlussreich zu vielen Aspekten zu diesem Thema empfinden. Und falls es in den nächsten Jahren zu einer Überarbeitung der Verträge kommen sollte, mit einem Konvent zu ihrer Vorbereitung, dann wird diese Veröffentlichung sicherlich zu vielen Debatten anregen.

Richard Corbett